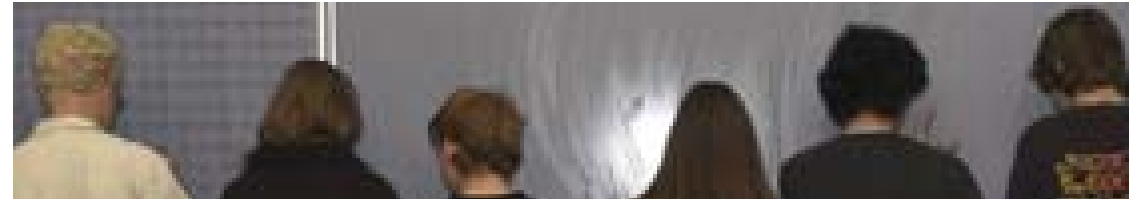


Schule nach PISA



Wie Eltern
sich engagieren können.
Hintergründe
Gewerkschaftliche Positionen

Schule nach PISA



Impressum

Herausgeber: Deutscher Gewerkschaftsbund–Bundesvorstand
Abteilung Bildung
verantwortlich: Ingid Sehrbrock
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft–Hauptvorstand
Vorstandsbereich Schule
verantwortlich: Marianne Demmer
IG Metall–Vorstand
Abteilung Gewerkschaftliche Bildung/Bildungspolitik
verantwortlich: Wolf Jürgen Röder

Redaktion: Ulrich Nordhaus, DGB
Martina Schmerr, GEW
Bernd Kaßebaum, IG Metall
Julia Schotte, IG Metall

Realisation: Projektmanagement Schlüpen, Lektorat
Konzept+Design Joswig, Layout
Klaus Baumers, Foto

Eine gemeinsame Handreichung
des Deutschen Gewerkschaftsbundes,
der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
und der IG Metall



**Liebe Eltern,
liebe Lehrerinnen und Lehrer,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

die verschiedenen internationalen und nationalen Schulleistungsvergleiche wie zum Beispiel PISA und IGLU haben eines ganz deutlich gemacht: Deutschland hat nicht nur ein gravierendes Leistungsproblem, sondern auch ein besorgniserregendes Gerechtigkeitsproblem.

Kinder aus Arbeitnehmer- und Migrationsfamilien haben viel schlechtere Bildungschancen als Kinder aus privilegierten Haushalten, und das auch, wenn sie die gleichen Leistungen erbringen. Das deutsche Schulsystem trennt nicht nach Leistung, sondern nach wie vor nach sozialer und ethnischer Herkunft.

Beim Blick auf die erfolgreichen Länder fällt auf, dass gerade die Schulsysteme die besten sind, in denen

leistungsstärkere und leistungsschwächere SchülerInnen möglichst lange gemeinsam unterrichtet werden.

Die Studien legen also eine integrative Schule nahe, in der nicht so früh selektiert wird wie in Deutschland, sondern Kinder und Jugendliche individuell gefördert werden. Ausgerechnet diese zentrale Schlussfolgerung ist jedoch bei den regierenden PolitikerInnen weitgehend tabu. Und nicht nur das: in zahlreichen Bundesländern ist seit PISA die Auslese eher noch verschärft worden.

Auftrieb hat hingegen die Forderung nach mehr Ganztagschulen erhalten. Wie gut und pädagogisch sinnvoll die Gelder hierfür eingesetzt werden, bleibt jedoch noch abzuwarten.

Ganztagschulen: Der Trend scheint leider in Richtung „Billigangebote“ zu gehen.

Die Gewerkschaften haben in einer Reihe von Stellungnahmen auf die Befunde der Studien reagiert und Vorschläge für die Verbesserung des Schulwesens gemacht. Gemeinsam mit den Arbeitgebern wurden der Öffentlichkeit Vorstellungen übergeben, wie die Ganztagschule auszugestalten sei. Die GEW hat zusammen mit dem Bundeselternrat und der BundesschülerInnenvertretung ebenfalls Kriterien für gute Ganztagschulen erarbeitet. Die Entwicklung zu Ganztagschulen soll für eine Schulreform genutzt werden, in der sich ein sinnvolles pädagogisches Konzept, neue Lernformen, individuelle Förderung und eine angemessene Ausstattung mit Personal, Räumen und Lernmitteln verbinden.

Bei der Verbesserung unserer Schulen spielen die Eltern eine große Rolle. Viele erfolgreiche PISA - Länder beziehen die Elternschaft aktiver in das schulische Geschehen ein. Die Gewerkschaften haben sich daher zum Ziel gesetzt, die Elternarbeit an den Schulen aufzuwerten und zu verstärken. In der Schulgemeinde tragen Eltern eine besondere Verantwortung. Eltern haben das Recht zur Mitgestaltung und sie beeinflussen mit ihren Wünschen und Forderungen Lernkultur und Schulalltag. Mit dieser Broschüre wollen wir daher nicht nur über aktuelle Entwicklungen im Schulbereich informieren, sondern auch Anregungen

und Vorschläge zur Verbesserung der Elternarbeit machen.

Eltern sind überdies häufig Gewerkschaftsmitglieder. Sie sind oder waren in den Gewerkschaften oder in der betrieblichen Interessenvertretung aktiv. Nicht selten werden sie gerade wegen dieser Kompetenzen auch als Elternvertreter bzw. Elternvertreterin gewählt. Ihnen eine Hilfestellung zu geben, ist ebenso unser Anliegen.

Vor wenigen Jahren gab es eine Reihe sehr aktiver Arbeitskreise „Schule – Gewerkschaften“, in denen Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen nach gemeinsamen Wegen suchten, die Schule zu verbessern. Die durch die PISA – Studie offenkundig gewordenen Mängel legen nahe, diese Zusammenarbeit wieder zu aktivieren.

Dazu wollen wir ermutigen.

Schulpolitik muss in der gewerkschaftlichen Arbeit „vor Ort“ einen höheren Stellenwert bekommen. Chancengleichheit bleibt unser gemeinsames Ziel.

Ingrid Sehrbrock – DGB-Bundesvorstand
Marianne Demmer – GEW-Hauptvorstand
Wolf Jürgen Röder – IG Metall-Vorstand

Sehrbrock

Demmer

Röder



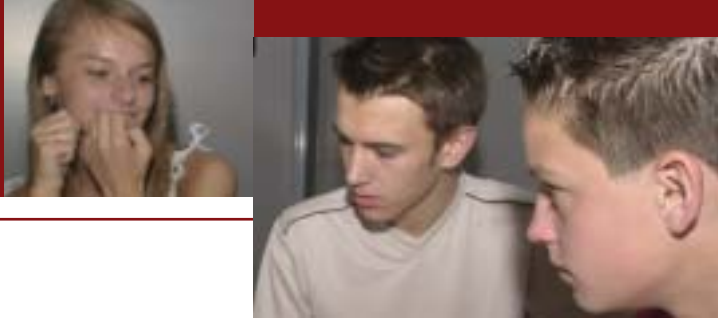
Inhalt

Vorwort	4
Teil 1: PISA und die Folgen	8
PISA-Schock und PISA-Chance	10
Schule und soziale Ungleichheit	14
Länger gemeinsam lernen!	19
Schule – ein Ort des Lernens und Lebens	22
Ganztagsschule – ein Ort, an dem man sich wohl fühlt	28
Interview mit Ingrid Sehrbrock	
Bildungsfinanzierung – Qualität hat ihren Preis	30
Teil 2: Elternarbeit	34
Wie Eltern sich einmischen und Verantwortung übernehmen	35
Was können Eltern tun?	36
Warum engagiert sich ein Betriebsrat in der Schulpolitik	38
Interview mit Willy Heinzmann	
Hinweise zur gesetzlichen Grundlage der Elternarbeit	40
Beispiele engagierter Elternarbeit	42
Teil 3: Gewerkschaften und Schule	48
Schulpolitik in den achtziger Jahren	51
Interview mit Klaus Buchholz	
Workshop Zukunft - ein Schulprojekt des DGB	53
Teil 4: Berufsschule	55
Stärkung und Reformierung des dualen Ausbildungssystems	56
Anhang	58
Literatur, Links, Kontakte	
Kontakte für die Elternarbeit	



Teil 1:
PISA
und die Folgen





PISA - Schock und PISA - Chance

„PISA“ steht für „Programme for International Student Assessment“ und ist der Name einer Studie, in der die Schulleistungen von 15-jährigen SchülerInnen aus 32 Staaten gemessen und verglichen wurden.

„Offensichtlich gelingt es in Deutschland nicht so wie in anderen Ländern, die schwachen Schülerinnen und Schüler zu fördern.“ (PISA-Studie)

Durchgeführt wurde PISA erstmals im Jahr 2000 mit dem Schwerpunkt auf der Lesekompetenz. Weitere Tests, bei denen Mathematik und Naturwissenschaften im Mittelpunkt stehen, folgen bis 2009. In Deutschland nahmen etwa 5000 SchülerInnen aus 219 Schulen teil. Bei den Tests standen nicht nur die reinen Fakten im Mittelpunkt, sondern die Fähigkeit, das eigene Wissen anzuwenden.

Die Ergebnisse aus PISA zeigen, dass der Name für Deutschland nicht treffender sein könnte: Im deutschen Schulsystem läuft einiges schief!

Die Schieflage im Bildungssystem

In allen drei Bereichen waren die Leistungen der SchülerInnen im Durchschnitt geringer als die Durchschnittsleistungen der gesamten Studie. Deutschland landete beim Lesen auf Platz 21 der Rangliste der beteiligten Staaten (vgl. Abbildung 1). Ein zweiter Blick auf die Untersuchung zeigt aber auch, dass zwischen den SchülerInnen in Deutschland beim Lesen große Leistungsunterschiede bestehen. Die Leistungen wurden in fünf Kompetenzstufen eingeteilt, wobei Stufe 1 für geringe Leistungen und Stufe 5 für sehr hohe Leistungen steht.

PISA zeigt erstens, dass es mit 10% einen überdurchschnittlich hohen Anteil von SchülerInnen gibt, die nicht die Kompetenzstufe 1 erreichen, während der Anteil, der Stufe 5 erreicht, mit unter 10% unterdurchschnittlich klein ist (vgl. Abbildung 2). Zweitens sind die Leistungsunterschiede zwischen den „stärksten“

und „schwächsten“ SchülerInnen in Deutschland besonders hoch. Hier besteht also nicht nur ein allgemeines Leistungsproblem, sondern auch ein Problem der ungewöhnlich hohen Leistungsunterschiede. Fast ein Viertel der deutschen SchülerInnen werden als Risikogruppe eingestuft, d.h. sie werden beim Übergang ins Berufsleben große Probleme haben.

Unterschiede zwischen den Bundesländern

Parallel zur PISA - Studie wurde in Deutschland eine Ergänzungsstudie (PISA-E) durchgeführt, in der die Leistungen nach Bundesländern verglichen wurden. Dort wurden die Aufgaben stärker an den deutschen Lehrplänen orientiert und mit 48.000 Neuntklässlern wurden wesentlich mehr Jugendliche in die Studie einbezogen. Auch hier zeigen sich große Unterschiede: Während die bayerischen SchülerInnen im Ländervergleich durchschnittlich am besten abschneiden (sie wären im internationalen Vergleich auf Platz 10), bildet Bremen das Schlusslicht in Sachen Leistungsniveau.

Begibt man sich auf die Suche nach den Ursachen für das schlechte Abschneiden Deutschlands im internationalen Vergleich und für die großen Unterschiede zwischen den Bundesländern, stellt man schnell fest, dass es mit einfachen Antworten nicht getan ist. Zu unterschiedlich sind nicht nur die Schulsysteme, sondern auch

PISA 2000: Lesekompetenz Mittelwerte

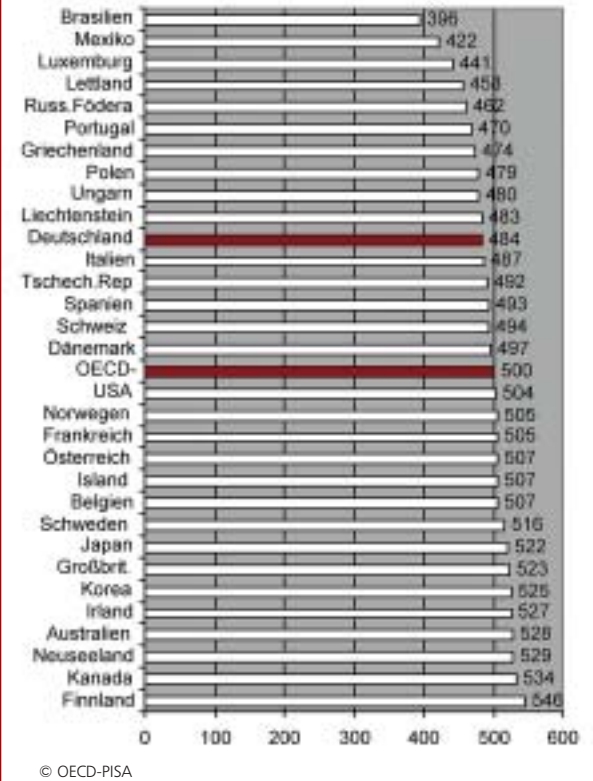


Abbildung 1

die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Voraussetzungen in den einzelnen Bundesländern. Auch der vermeintliche „Spitzenreiter“ Deutschlands, Bayern, schneidet im direkten Vergleich mit den kanadischen Provinzen bescheiden ab: Bayern wäre hier „das Bremen Kanadas“. Spätestens an dieser Stelle zeigt sich: Die Bildungspolitik muss die sozialen Hintergründe und Lebenssituationen der Kinder und Jugendlichen berücksichtigen, wenn sie erfolgreich sein und den Ausgleich von bestehender Chancengleichheit leisten will.

Prozentualer Anteil von Schülerinnen und Schülern unter Kompetenzstufe 1 und auf Kompetenzstufe 5: Gesamtskala Lesen

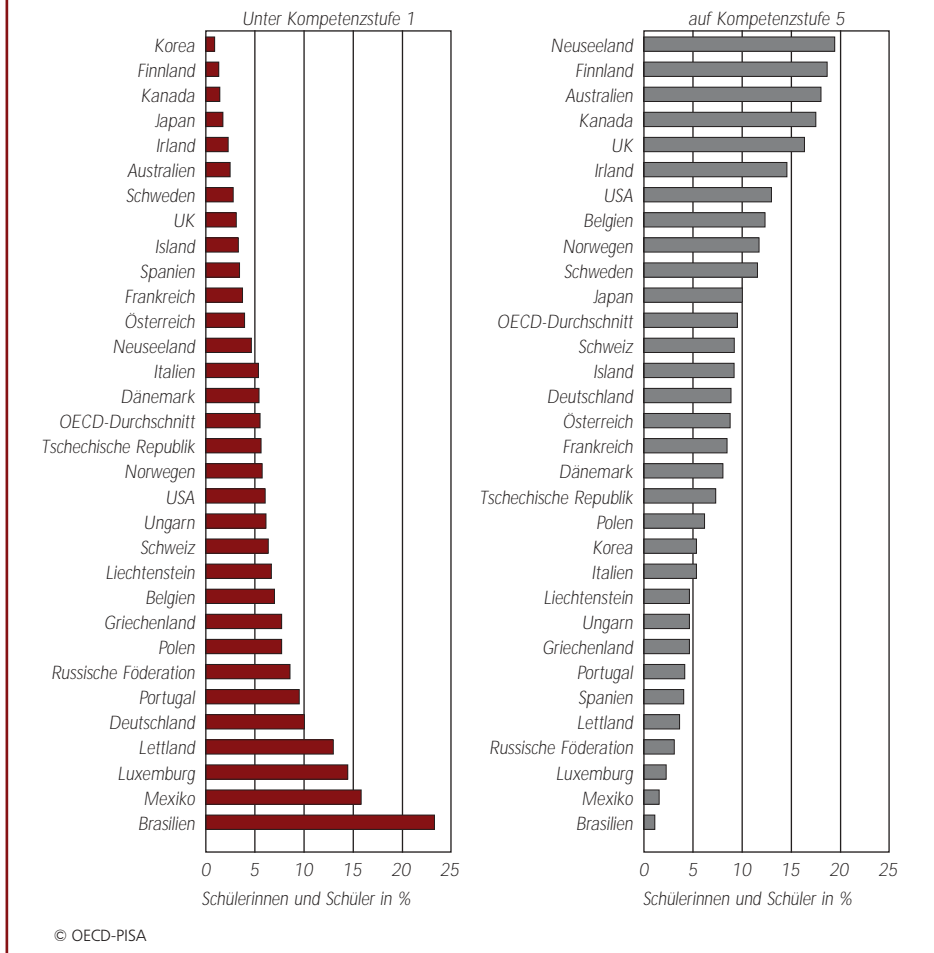


Abbildung 2

So zeigt ein genauer Blick auf die PISA - Ergebnisse, dass in Bayern die soziale Selektion, die Abhängigkeit des Schulbesuchs von den familiären Hintergründen und das Gefälle zwischen Stadt und Land hoch und die gymnasialen Abschlussquoten

besonders niedrig sind. Als Vorbild für die notwendige Bildungsreform kann Bayern deshalb nicht gelten. Auch insgesamt verlassen im internationalen Vergleich viel zu wenig Hochschulzugangsberechtigte die deutschen Schulen.



Was tun?

PISA beschränkt sich nicht darauf, die Leistungen der Jugendlichen zu messen, sondern bietet auch Anregungen für die Bildungspolitik, um die deutlich gewordenen Defizite des deutschen Bildungssystems zu beheben. Wesentliche Schlussfolgerungen aus der PISA - Studie müssen sein, das Leistungsniveau allgemein anzuheben und die Chancengleichheit unter den SchülerInnen herzustellen. Als Vorbild für alle deutschen Bundesländer werden vor allem die skandinavischen Länder genannt. Dort wurden bereits in den 80er und 90er Jahren große Reformen im Bildungssystem durchgeführt. Das Ergebnis: Die Skandinavier belegen im PISA - Vergleich Spitzenpositionen und haben gleichzeitig ein gerechteres Schulsystem.

In der Diskussion um die Lehren aus PISA kamen Vorschläge auf den Tisch, die u.a. von den Gewerkschaften seit vielen Jahren gefordert werden:

„ Die Vorbilder für unsere Schulen sind nicht innerhalb Deutschlands zu suchen, sondern im Ausland, in Skandinavien oder den Angelsächsischen Staaten. “

Jürgen Baumert, Leiter der deutschen PISA - Studie

- » der möglichst lange gemeinsame Unterricht aller SchülerInnen eines Jahrganges;
- » individuelle Förderung statt frühe Selektion;
- » die Umgestaltung der Schule zur Ganztagschule;
- » die Veränderung der Lernkultur in der Schule;
- » ein Umdenken in der Bildungsfinanzierung;
- » eine demokratische Schulentwicklung.

Information

Stichwort Elternarbeit

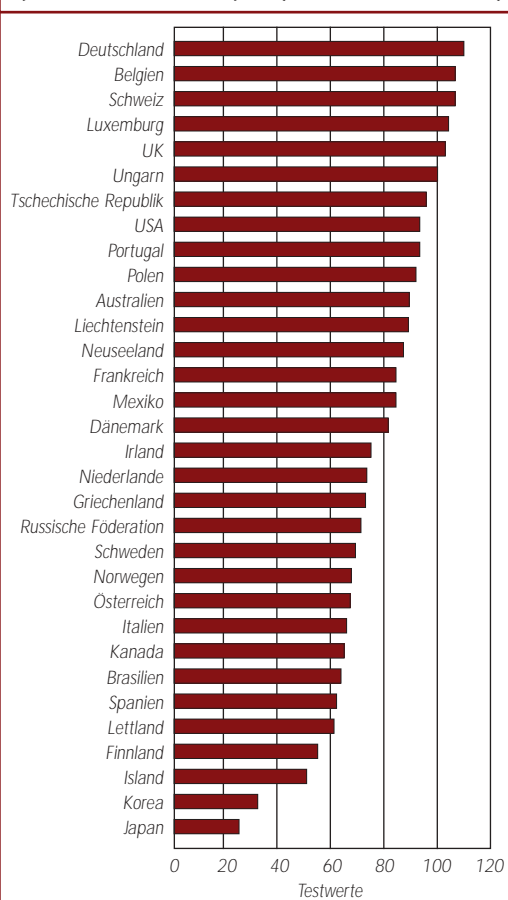
Die GEW hat anlässlich einer Exkursion durch skandinavische Schulen einen informativen und interessanten Videofilm produziert, der zeigt, dass Schule auch anders funktionieren kann.

Dieser Film kann auf einem Elternabend eingesetzt werden und Ausgangspunkt einer gemeinsamen Diskussion mit Lehrer/innen und Schüler/innen werden. Bestellmöglichkeiten im Anhang.

Schule und soziale Ungleichheit

In den 60er Jahren wurden in der Bundesrepublik weitreichende Bildungsreformen angestoßen, die zu einer Erhöhung des Bildungs- und Ausbildungsniveaus führen sollten.

Unterschiede zwischen der mittleren Lesekompetenz von 15-Jährigen aus Familien des oberen und unteren Viertels der Sozialstruktur (höchster Sozialstatus (HSEI) von Vater und Mutter)



© OECD-PISA

Abbildung 3

Chancengleichheit für die Kinder aus den verschiedenen sozialen Schichten war das Ziel der Bildungspolitik in den folgenden 20 Jahren. Wie weit das Bildungssystem aber noch immer von diesem Ziel entfernt ist, zeigt die PISA - Studie in einem erschreckendem Maß. Zwar haben sich die Formen der Benachteiligung zum Teil geändert, von einem Abbau der Chancenungleichheit kann aber keine Rede sein. Nach wie vor haben verschiedene Faktoren wie soziale Herkunft, Geschlecht, Migration und Stadt-Land-Gefälle Einfluss auf den Bildungsweg von Kindern und Jugendlichen.

Soziale Herkunft

Die PISA - Studie zeigt, dass noch immer die soziale Lage der Eltern einen großen Einfluss auf die Bildungswege ihrer Kinder hat. Während Kinder aus Akademiker- und Beamtenfamilien zu 50% das Gymnasium und 10% von ihnen die Hauptschule besuchen, ist das Verhältnis bei Kindern von un- oder angelernten ArbeiterInnen fast umgekehrt: 10% besuchen das Gymnasium und 40% die Hauptschule. Die Unterschiede sind aber

in den Bundesländern nicht gleich ausgeprägt. In den neuen Bundesländern spielt die soziale Herkunft keine so große Rolle wie in den alten Bundesländern. In Bayern hingegen haben Kinder aus Oberschichtfamilien eine bis zu zehnfach so große Bildungschance gegenüber Kindern aus Facharbeiterfamilien.

Aber nicht nur der Schulbesuch, auch die Lesekompetenz steht in einem Zusammenhang mit der sozialen Herkunft (vgl. Abbildung 3). In Deutschland macht der Unterschied zwischen Kindern von Eltern mit hohem Bildungsabschluss und Arbeiterkindern mehr als eine ganze Kompetenzstufe (82 Punkte, das entspricht dem Leistungsunterschied von rund zwei Schuljahren) aus. Die regionalen Unterschiede sind auch hier sehr groß: in Sachsen beträgt die Differenz 50 Punkte, in Bremen 110 Punkte.

Es bestehen also Zusammenhänge zwischen sozialer Herkunft und Bildungswegen einerseits und Schichtzugehörigkeit und Lesekompetenz andererseits, bei denen Deutschland im internationalen Vergleich trauriger Spitzenreiter ist.

Ausländische Kinder und Jugendliche

Der Anteil von Jugendlichen, deren beide Elternteile nicht in Deutschland geboren sind, beträgt knapp 10 %. Zählt man diejenigen hinzu, bei

„ Auf der Petri-Schule in Kopenhagen lernte ich Lesen und Schreiben. Freilich konnte ich es von zu Hause her, wie ich überhaupt in meiner Kindheit immer wieder große Ausbildungsvorteile ... empfang. ... meine Wettbewerbsvorteile unter den Sechsjährigen ... wurden offenkundig, als ich zum Einstand den „Handschuh“ von Schiller hersagte. In den späteren pädagogisch-politischen Auseinandersetzungen ist es mir nie schwer geworden, die krassen Probleme der familiär- und milieubedingten Ungleichheit der Chancen zu begreifen.“

„Vier Jahreszeiten“, Richard von Weizsäcker

denen ein Elternteil einen Migrationshintergrund hat, wächst die Zahl auf 26,6% an. Auch ausländische Jugendliche, die in Deutschland geboren wurden oder zumindest die Schule durchgängig in Deutschland besucht haben, sind in der Bildungsbeteiligung gegenüber Jugendlichen ohne Migrationshintergrund stark benachteiligt.

Die Benachteiligung wirkt sich bis in die Berufsbildung aus. Eine andere Studie (Mikrozensus) zeigt, dass 1998 36,5% der ausländischen 20- bis 25jährigen keine abgeschlossene Berufsausbildung haben, während es bei Deutschen „nur“ 11,3% sind. Auch in der Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher hinkt Deutschland den anderen OECD-Staaten hinterher.



„Herkunft muss nicht Bildungsschicksal sein“* – Wie machen's die anderen?

Der Zusammenhang zwischen Herkunft und Bildungserfolg ist in Skandinavien sehr viel geringer als in Deutschland. Die dortigen Schulsysteme integrieren und beteiligen Migrantenkinder durch die konsequente Förderung der Landessprache – immer mit dem Ziel, die Kinder in ihre Klasse zu integrieren. Die Lehrkräfte sind geübt im Unterrichten von verschiedensprachigen Kindern und im Erstellen individueller Förderpläne. Es gibt keine Auslese,

Benachteiligung

Während in den 60er Jahren noch das katholische Arbeitermädchen vom Land als Sinnbild für Benachteiligung galt, so ist es heute – nach PISA – der Migrantenjunge aus einem sozialen Brennpunkt der Stadt.



kein Sitzenbleiben und kaum Sonderschulen. Alle Kinder gehen von der ersten Klasse bis zum Ende der Sekundarstufe I in eine gemeinsame Schule. Es bleibt also viel gemeinsame Zeit, um Benachteiligungen auszugleichen.

In Schweden z.B. gibt es schon in der Vorschule Schwedisch-Unterricht. Die Kinder haben hierauf solange den Anspruch, bis sie ausreichende Kenntnisse haben. Auch gibt es ein Recht auf Unterricht in der Muttersprache. Das weit verbreitete Unterrichten im Zweierteam ermöglicht außerdem eine bessere Unterstützung dieser Kinder. Sprachunterricht in den frühen Jahren gehört auch in Finnland und Norwegen zum Alltag. Norwegen leistet sich überdies sehr viel Personal für die individuelle persönliche Betreuung und bezieht die Eltern in die Sprachförderprogramme ein.

Alle drei Länder haben die Förderung Benachteiligter zum Staatsziel erhoben und investieren hierfür weitaus mehr Geld als Deutschland. Im Mittelpunkt steht im Norden Europas die Achtung vor allen Kindern. Oder – wie die finnische Schulphilosophie besagt: „Jedes Kind ist wichtig – keines bleibt zurück.“

* Vgl. den gleichnamigen Artikel von Anne Ratzki in PÄDAGOGIK 6/02, S. 50-52

Mädchen und Jungen

Die „Gewinnerinnen“ der vergangenen Bildungsreformen sind die Mädchen. Sie haben inzwischen ihren Anteil an hohen Bildungsabschlüssen auf ca. 50% gebracht. Nach wie vor benachteiligt sind Mädchen aber in der Berufsausbildung. Geblieben sind geschlechtsspezifische Interessen und Berufswege: Mädchen sind besser im Lesen und in Biologie, während Jungen in Mathematik und Chemie stärker sind. Die PISA - Studie zeigt jedoch, dass in anderen, insbesondere in den osteuropäischen Ländern dieser Zusammenhang nicht so eng ist und sich in manchen Ländern sogar umkehrt.

Die geschlechtsspezifischen Interessen scheinen sich inzwischen als Nachteil für die Jungen entwickelt zu haben. Denn deren Lesekompetenz ist im Durchschnitt geringer. Die Freude am Lesen ist aber eine wichtige Voraussetzung für schulische Erfolge, weil Lesen in allen Unterrichtsfächern gefordert wird und die wesentliche Grundlage ist, sich die Welt zu erschließen. Auch insgesamt ist die Leselust bei deutschen SchülerInnen im internationalen Vergleich ziemlich gering ausgeprägt. Die Leselust gerade auch bei Jungen zu fördern ist eine wichtige Herausforderung für LehrerInnen und Eltern.

Selektion oder Chancengleichheit?

Die PISA - Studie zeigt, dass Deutschland im internationalen Vergleich Spitzenreiter in der sozialen Selektion ist. Das deutsche Bildungssystem verstärkt sogar den Zusammenhang von sozialer Herkunft, Bildungschancen und damit auch Lebensperspektiven.

„ Der Unterschied zwischen den Leistungen von Kindern aus sozial „starken“ und denen aus sozial „schwachen“ Familien ist in fast keinem Land größer als bei uns! “

Klaus Klemm, Bildungsforscher

Chancengleichheit zu verwirklichen, heißt unterschiedliche soziale Ausgangsvoraussetzungen abzubauen, Lernschwächen besondere Aufmerksamkeit zu schenken und Benachteiligungen frühzeitig auszugleichen. So müssen zum Beispiel Sprachbarrieren für Kinder, die nicht Deutsch als Muttersprache sprechen, abgebaut und individuelle Schwächen möglichst früh erkannt und reduziert werden.

Auch deshalb sind die vorschulische Bildung und individuelle Förderung so wichtige Aspekte der Diskussion um Chancengleichheit.

Um Selektion abzubauen, muss über die Verantwortung und Rolle aller Beteiligten nachgedacht werden: LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern.

Stichwort Elternarbeit

Nicht selten wiederholt sich soziale Selektion in den Köpfen der Betroffenen. Eine Migrantenfamilie hat zum Beispiel aus unterschiedlichen Gründen Hemmungen, ihr Kind auf ein Gymnasium zu schicken, obwohl es die Leistungen hierfür erbringt. Gleiches gilt auch für die LehrerInnen, die nicht davor gefeit sind, ihre Empfehlung für den Besuch der weiterführenden Schule an dem sozialen und familiären Umfeld der SchülerInnen auszurichten. Arbeiterkinder erhalten seltener eine Empfehlung für den Besuch des Gymnasiums als Beamtenkinder. Die Elternvertretung kann diesen Zusammenhang sichtbar machen und zum Beispiel zum Elternabend einen Schulpsychologen einladen und mit ihm über die Chancen und Risiken der Schulwahl sprechen.

Dass LehrerInnen quasi als „personalisierte Selektionsinstanzen“ gelten können, haben Untersuchungen gezeigt: SchülerInnen aus bildungsfernen Schichten müssen höhere Leistungen erzielen als Kinder aus bildungsnahen Elternhäusern, um eine Empfehlung zum Gymnasium zu erhalten. Zudem wird bei ihnen vermutet, dass sie eine geringere Unterstützung durch das Elternhaus erfahren und es damit schwieriger ist, die nachfolgenden Bildungsstufen erfolgreich zu bewältigen.

So wurde in einer Hamburger Studie nachgewiesen, dass die Kinder von Vätern mit Abitur in mehr als der Hälfte von Fällen eine Gymnasialempfehlung erhalten hatten, wenn ihre Testleistungen den Wert von

65 Punkten überschritt. Hingegen erhielten die Kinder von Vätern mit Hauptschulabschluss in der Mehrheit eine Empfehlung nur dann, wenn ihre Testergebnisse 82 Punkte überstiegen.

Auf der anderen Seite überschätzen Eltern bildungsferner Schichten oft die Kosten höherer Bildung. Und – darauf hat bereits Dahrendorf hingewiesen – diese Eltern machen tendenziell weniger von ihrem Entscheidungsrecht – soweit es in den Schulgesetzen vorgesehen ist – Gebrauch und beugen sich eher den Empfehlungen zum weiteren Bildungsweg seitens der Lehrkräfte. Auch die SchülerInnen entwickeln häufig ein Bild von sich, das ihrer sozialen Rolle und ihrem Status zu entsprechen scheint. Kinder aus Arbeiterfamilien schätzen sich als zu schwach für das Gymnasium ein; Mädchen hingegen unterschätzen ihre naturwissenschaftlichen und mathematischen Fähigkeiten.

In der Konsequenz bleibt Schule in der Gefahr, die der Soziologe Schelsky Anfang der 60er Jahre beschrieben hat, nämlich zu einer bürokratischen Zuteilungsapparatur von Lebenschancen zu werden. Um so wichtiger ist die Förderung aller, vor allem der schwachen Kinder, die aktive Zusammenarbeit und Beratung von Eltern und eine gute Ausbildung der Lehrkräfte.

Länger gemeinsam lernen!

In der konservativen Bildungspolitik ist man der Überzeugung, dass eine frühe Selektion nach Begabung und Leistung für alle gerechter ist und jeden besser fördert. Gewerkschaftliche Forderungen nach einer kindgerechten und individuellen Förderung wurden meist als leistungshemmende „Kuschelpädagogik“ abgetan. Dass diese Behauptung nicht stimmt, ist eine wichtige Erkenntnis aus der PISA-Studie.

Außer in Deutschland gibt es die frühe Trennung in verschiedene Schulformen in Europa nur noch in Österreich und in einigen Kantonen der Schweiz (vgl. Abbildung 4). Alle Spitzenreiter der PISA-Studie unterrichten die Kinder und Jugendlichen länger zusammen – häufig bis sie 16 Jahre alt sind.

In einer neuen Studie, die die Leistungen von GrundschülerInnen vergleicht (IGLU), nimmt Deutschland einen besseren Platz ein als in der PISA-Studie. Die Leistungsprobleme und -unterschiede setzen also zu einem großen Teil mit dem Zeitpunkt des Besuchs der weiterführenden Schule ein oder werden dort erheblich verschärft. Das gegliederte Schulsystem hat zumindest nach dem eigenen Anspruch einer

leistungsdifferenzierten Förderung versagt: Weder „starke“ noch „schwache“ SchülerInnen werden in Deutschland angemessen gefördert.

Das Gymnasium trägt also nicht dazu bei, dass gute SchülerInnen besonders gefördert und zu hohen Leistungen angespornt werden. Die Hauptschule hingegen ist nicht in der Lage, „schwache“ SchülerInnen ausreichend zu unterstützen und Defizite zu beheben. Das hiesige Konzept der „begabungsgerechten“ Förderung funktioniert nicht. Im Gegenteil: nirgendwo ist die Schere zwischen starken und schwachen Schülerinnen und Schülern so groß wie in Deutschland. Dies ist eines der wichtigsten Ergebnisse der PISA-Studie.

Eine weitere Vermutung wird durch die PISA-Ergebnisse bestätigt: der Wechsel zwischen den Schulformen findet meist als Abstieg statt. Nur wenige Kinder und Jugendliche wechseln also von der Hauptschule zur Realschule oder von dort zum Gymnasium. Umgekehrt wechseln z.B. in Bayern rund 20% der Gymnasiasten zur Realschule. Auch beim

„Wir brauchen alle, alle bleiben zusammen, niemand bleibt zurück, niemand wird beschämt, jeder wird geachtet.“

Die finnische Schulphilosophie





„Sitzenbleiben“ hat Deutschland im internationalen Vergleich eine hohe Quote, wohingegen es z.B. in den skandinavischen Ländern überhaupt keine Klassenwiederholungen gibt. In den alten Bundesländern wiederholt jeder vierte Schüler und jede

ziert wie in Deutschland. Ein solcher Bruch im Bildungsweg wird von den Betroffenen oft als Misserfolg oder Scheitern empfunden und führt zu „Schulfrust“. Die Eltern werden in der Regel damit allein gelassen, ein solches Erlebnis

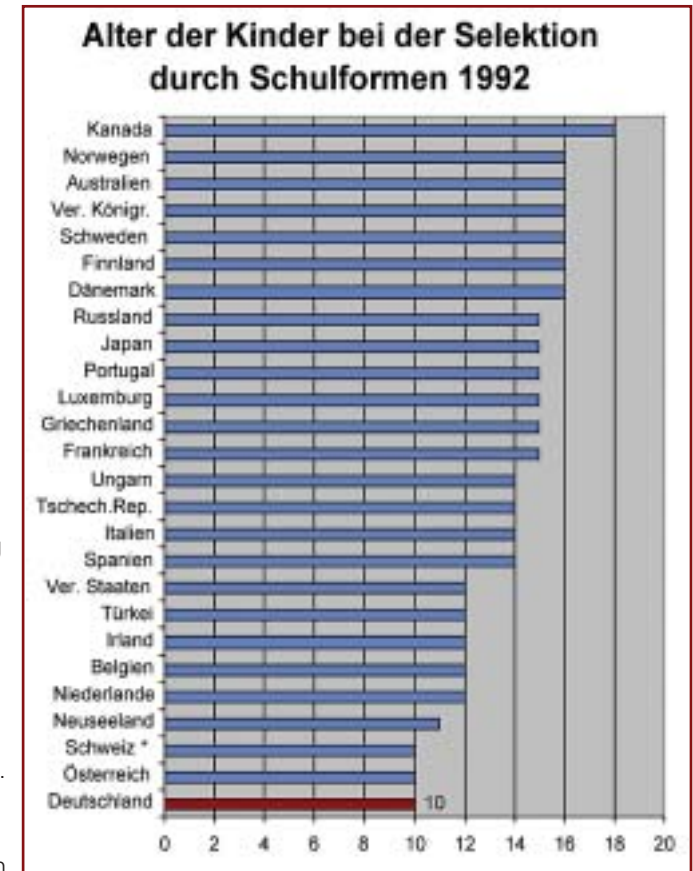


vierte Schülerin mindestens eine Klassenstufe, in Schleswig-Holstein sind es sogar 35,7%. In keinem anderen Land der OECD wird das System von Sitzen bleiben, Abstufen und Abschieben so perfekt prakti-

bei dem Kind aufzufangen und selbst damit umzugehen, zugleich wird mit ihnen nicht angemessen besprochen, wo die Ursachen für schwächere schulische Leistungen ihrer Kinder liegen.

Gemeinsames Lernen in der „Einen Schule für Alle“ heißt hingegen, dass SchülerInnen weder in eine andere Schulform „abgeschoben“, noch um eine Klassenstufe zurückgestuft werden. Eine zentrale Voraussetzung für den gemeinsamen Unterricht ist daher der produktive Umgang mit der Verschiedenheit der Kinder und Jugendlichen. Heterogene Gruppen bieten Lernanreize für alle Kinder. Viele Untersuchungen belegen, dass vor allem schwache LernerInnen davon profitieren. Hingegen konnte nicht nachgewiesen werden, dass gute SchülerInnen im gemeinsamen Unterricht Nachteile haben. Im Gegenteil: oft werden auch sie besser!

Dass beim gemeinsamen Unterricht verschiedenster Kinder nicht das in Deutschland befürchtete Chaos im Klassenraum eintritt, zeigen wieder die skandinavischen Länder. Dort werden nicht nur hohe Durchschnittsleistungen, sondern auch gute Ergebnisse in den einzelnen Leistungsgruppen mit dem gemeinsamen Unterricht erzielt.



Für Lehrerinnen und Lehrer stellt das Konzept der „Einen Schule für Alle“ eine pädagogische Herausforderung dar, für die sie bereits in der Ausbildung qualifiziert werden müssen. Auch die Schulen müssen ihren Charakter verändern: sie müssen sich zu Lern- und Lebensorten entwickeln, die auf die individuellen Lernbedürfnisse und -möglichkeiten der Kinder und Jugendlichen eingehen und das außerschulische Umfeld mit einbeziehen.

Abbildung 4

Information

Stichwort Elternarbeit

PISA hat die Lesekompetenz hervorgehoben. Eltern können die Schule bei der Förderung der Leselust unterstützen. So kann die Ausstattung und die Öffnungszeit der Schulbücherei thematisiert werden. An vielen Schulen wurden mit Erfolg und großer Elternbeteiligung Lesenächte organisiert. Es können Lesepartnerschaften angeregt werden u.a.m.

Schule - Ort des Lernens und Lebens

Misst man den Erfolg von Schule an dem Interesse, das sie bei SchülerInnen am Lernen weckt, schneidet das deutsche Schulsystem auch hier schlecht ab. Nur wenige Kinder und Jugendliche geben beispielsweise an, Spaß am Lesen zu haben. ErziehungswissenschaftlerInnen halten aber gerade Lesen für eine Schlüsselkompetenz um „die Welt“ verstehen und begreifen zu können. Das Desinteresse hat sicherlich auch mit der pädagogischen Kultur der Wissensvermittlung zu tun, die nach wie vor den Alltag an den meisten Schulen bestimmt. Damit werden aber die Fähigkeiten zum richtigen Verstehen, zur Analyse und zur Bewertung ebensowenig gefördert, wie die Freude am Lesen und ein eigener Zugang zu Literatur. Außerdem erkennen viele Lehrkräfte in dieser Art von Unterricht nicht rechtzeitig Defizite der Kinder. Und noch ein Zusammenhang wird deutlich: Frontalunterricht, wie er in vielen Schulen der Sekundarstufe gehalten wird, kann den heterogenen Lerngruppen nicht gerecht werden.

Das schulische Lehren muss sich stärker als bisher auf die einzelnen SchülerInnen einstellen, um auf deren Neigungen, Stärken und Schwächen eingehen zu können. Das bedeutet eine Abkehr vom Unterricht im Gleichschritt. Lehrkräfte übernehmen die Verantwortung nicht mehr nur für den eigenen Fachunterricht, sondern für die Entwicklung des Schülers bzw. der Schülerin. Erfahrung, Bewegung, Vielfalt und Prozessorientierung sind wichtiger als ein Einheitsmuster im lehrerzentrierten Unterricht. Gemeinsam den Unterricht entwickeln und die Mitplanung der SchülerInnen ermöglichen, stärkt Selbständigkeit und hilft, Lernen zu lernen. SchülerInnen sollten sich als aktive GestalterInnen von Unterricht und Schulleben erfahren können, anstatt als unmündige RezipientInnen.

Der traditionelle Lernbegriff geht noch allzu stark von einem festen Wissenskanon, einem darauf hin reglementierten Unterrichtsplan und von Leistung als abrufbarem Wissen aus. Fachkompetenz und Wissensbestände werden natürlich stets ihren herausragenden Platz in der

Schule haben. Denn die Fähigkeit, komplizierte Zusammenhänge zu erfassen und eigene Lernprozesse selbst zu steuern, entwickelt sich nur im Aufbau von Wissen und Können. Zugleich müssen aber Sinnhaftigkeit, Lebens- und Anwendungsbezug ein größeres Gewicht erhalten.

Wie „richtig“ gelernt wird, kann aber weder vom Lehrer allein noch von zentralen Schulbehörden bestimmt werden. Kinder und Jugendliche wollen und müssen ihre eigenen Lernwege finden und bestreiten. Dabei können sie sich in offenen Lernsituationen gegenseitig helfen

Schulen müssen Orte demokratischer Teilhabe und Mitgestaltung für Lehrer, Eltern und Schüler werden.

Beschluss des GEW Hauptvorstandes

und mit der Unterstützung und Beratung des Lehrers bzw. der Lehrerin rechnen. Nicht Konkurrenz zwischen Menschen und Schulen, nicht Schulranking und Dauertests verbessern Qualität. Veränderungen der Schul- und Lernorganisation, des Schulalltags sowie des Schullebens

insgesamt gelingen nur, wenn sie durch Mitbestimmung Akzeptanz erfahren und Verbindlichkeit bekommen. Dies setzt die kontinuierliche Zusammenarbeit von Lehrkräften, Eltern und SchülerInnen voraus.

Bedingungen für die „Eine Schule für Alle“

Auch wenn es nicht das eine Vorbild für eine gute Schule gibt, müssen doch bestimmte Voraussetzungen in der Bildungspolitik und an den einzelnen Schulen erfüllt werden, damit Schulen zu Orten des selbständigen Lernens werden.

- » Lernen muss schon früh gefördert werden. In vorschulischen Einrichtungen, die ein eigenständiges pädagogisches Profil und einen eigenen Bildungsauftrag erhalten müssen, können Kinder das Lernen lernen und können Defizite bereits vor dem Schuleintritt erkannt werden.
- » Lehren und Lernen klappt in Teams besser. D.h. die strikten Unterrichtseinheiten mit strengen zeitlichen, räumlichen und fachlichen Abgrenzungen müssen aufgebrochen werden. SchülerInnen



können sich alleine oder besser in Gruppen bestimmten Fragestellungen widmen.

LehrerInnen gehen nicht mehr als Einzelkämpfer durch den Schulalltag, sondern können sich mit KollegInnen beraten und koordinieren und werden von weiteren Fachkräften wie z.B. SchulpsychologInnen unterstützt.

- ▶▶ Lehrende und Lernende stehen sich nicht als „Gegner“ gegenüber, sondern arbeiten gemeinsam an der Bewältigung der Aufgaben. Dafür braucht es eine Kultur des gegenseitigen Respekts und der Anerkennung individueller Lernwege.
- ▶▶ „Neues Lernen“ braucht neue didaktische Konzepte und neue Lernmaterialien. An der Reform des Schulsystems müssen auch die LehrerInnenausbildung und die wissenschaftliche Forschung beteiligt sein und nach ihr ausgerichtet werden.
- ▶▶ Für die Qualitätsentwicklung sind alle verantwortlich. Verbesserungen des Schulalltags sind nicht nur eine Frage der Arbeit von Lehrkräften. Wenn sich Schulen zu Orten des Lernens und Lebens entwickeln sollen, müssen sich alle Beteiligten - Lehrende, Schulleitung, Eltern, Lernende und nicht zuletzt die Bildungspolitik - an den Gestaltungsprozessen beteiligen. Deshalb ist es auch notwendig, dass Eltern und SchülerInnen weitgehende Partizipations- und Mitbe-

stimmungsrechte erhalten.

- ▶▶ Schulen müssen selbst so sein, wie ihre SchülerInnen werden sollen. Sie müssen daher als Orte demokratischer Teilhabe erfahrbar sein. In einer demokratischen Schule werden Mündigkeit, Toleranz und Solidarität gelebt.
- ▶▶ Die größere Selbstständigkeit von Schulen darf nicht einfach nur bedeuten, dass Schulen ihre Mängel selbst verwalten, neue Hierarchien eingeführt, Beschäftigungsverhältnisse dereguliert oder Schulkosten privatisiert werden. Vielmehr soll sie zu einer demokratischen Erneuerung des Schulwesens führen, in dem Schulen ihre pädagogische Entwicklung selbst in die Hand nehmen.

Ganztagsschulen – Schulen, in die man gerne geht

Das selbstverantwortliche und längere gemeinsame Lernen bedeutet auch, sich von der Schule als Halbtagschule zu verabschieden. Bund und Länder haben im Mai 2003 vier Milliarden Euro für ein Programm zur Förderung von Ganztagsschulen bewilligt. Dies ist ein notwendiger erster Schritt zur Entwicklung von Lern- und Lebensorten, in denen Kindern und Jugendlichen angemessene Lernzeiten zugestanden werden. Für berufstätige Eltern, insbesondere für Alleinerziehende, stellt die Ganztagsschule eine enorme Entlastung dar. Auch hilft es den Familien, wenn die Hausaufgaben-

hilfe und individuelle Förderung nicht mehr auf den Feierabend geschoben werden müssen, wenn sie nicht mehr so viel Zeit damit zubringen, die Freizeitaktivitäten ihrer Kinder täglich zu organisieren oder auch wenn Kinder mehr Zeit mit Gleichaltrigen verbringen, anstatt isoliert zu Hause zu sein. Immer mehr Eltern – das zeigen Umfragen – wünschen sich daher Ganztagschulen.

Ganztägig geöffnete Schulen müssen auf guten pädagogischen Konzepten basieren, die in Deutschland jedoch weitgehend noch entwickelt werden müssen. Die erhofften Wirkungen auf die individuellen Leistungen von SchülerInnen werden sich nicht einstellen, wenn der Nachmittag nur zur Verwahrung dient. An der Gestaltung und Konzeptionierung der Ganztagsschule müssen Eltern und SchülerInnen beteiligt werden.

Eine gute Ganztagsschule trägt dazu bei, bestehende Chancenungleichheiten abzubauen. Hier können Benachteiligungen kompensiert und individuelle Lernschwächen der SchülerInnen ohne Leistungsdruck thematisiert und bearbeitet werden, aber auch Potenziale und Talente gezielt gefördert werden, ohne dass dies vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist. Deshalb ist die Ganztagsschule auch eine wichtige gesellschaftspolitische Forderung.

Freilich gibt es noch viele Vorbehalte gegen Ganztagsschulen, sowohl bei

Lehrkräften als auch bei SchülerInnen und Eltern. Konzepte und Umsetzung sollen deshalb überzeugen. Ganztagschulen dürfen zum Beispiel nicht einfach langweiligen Unterricht über den ganzen Tag verteilen. Sie müssen auch „Schritt halten“ können mit bisherigen Freizeitangeboten. Und LehrerInnen müssen auf die veränderten Anforderungen vorbereitet und unterstützt werden.

Information

Stichwort Elternarbeit

Gute Ganztagschulen – ein Gewinn für SchülerInnen, Eltern und Lehrkräfte

Auch Eltern können die Einrichtung einer Ganztagschule mitgestalten. Sie können z.B. auf dem Elternabend, im Schulelternbeirat oder in der Schulkonferenz diskutieren und Anträge stellen. Die Idee, die Schule ganztägig zu öffnen, kann von allen Beteiligten eingebracht werden. Eine Umfrage unter SchülerInnen, deren Eltern und den Lehrkräften etwa könnte helfen, den Bedarf und die unterschiedlichen Vorstellungen zu ermitteln. Bei der Beratung von inhaltlichen, konzeptionellen und organisatorischen Fragen können z.B. Schulträger, Schulen und andere Einrichtungen (z.B. Jugendhilfe, Verbände), die bereits Erfahrungen haben, hilfreich sein.

Viele konzeptionelle Informationen, praktische Tipps und Kontakte gibt es zum Beispiel auf der Homepage des Ganztagschulverbandes (s. Anhang).

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die BundesschülerInnenvertretung und der Bundeselternrat haben für die Diskussion über Ganztagschulen unter anderem folgende Kriterien vorgeschlagen:

- ❑ Ganztagschulen brauchen einen breiten Rückhalt in der Kommune und in der Schulgemeinde. Entscheidungen sollten daher mit sicheren Mehrheiten gefasst werden.
- ❑ Ganztagschule ist im Prinzip freiwillig. Freiwilligkeit darf jedoch nicht mit Beliebigkeit verwechselt werden. Fällt die Entscheidung für die verbindliche Ganztagschule, so ist der Besuch am Nachmittag verpflichtend. Die SchülerInnen bzw. die Eltern treffen ihre Entscheidung zu Schuljahresbeginn. Diese Entscheidung kann erst nach Ablauf des Schuljahres verändert werden. Nur so ist es möglich, Ganztagschule als Impuls für Schulreform zu nutzen.
- ❑ Ganztagschulen sollten an vier Tagen bis 16 Uhr gehen. Je nach Bedarf sind flexible Angebote vor Unterrichtsbeginn und nach 16 Uhr sinnvoll.
- ❑ Ganztagschulen brauchen genügend qualifiziertes Personal. Bei vier Nachmittagen ist im Sekundarbereich z.B. von einem zusätzlichen Stellenbedarf von ca. 30 % auszugehen, bei Grundschulen sogar von noch mehr. Dabei arbeiten Lehrkräfte und SozialpädagogInnen zusammen und koordinieren ihre Arbeit in Konferenzen.
- ❑ Pädagogisch fragwürdige Billiglösungen sollten nicht akzeptiert werden. Das Ersetzen von schul- oder sozialpädagogischen Fachkräften durch nicht ausgebildetes Personal sollte abgelehnt werden. Nur eine Suppenküche zwischen verlängertem Unterricht oder Modelle, in denen nur ein Teil der Lerngruppen ganztags kommt, sind keine Ganztagschulen.
- ❑ Der Besuch von Ganztagschulen muss gebührenfrei sein. Ein Betrag für Verpflegung kann erhoben werden. Auf keinen Fall darf es jedoch vom Einkommen der Eltern abhängen, ob Kinder und Jugendliche Ganztagschulen besuchen können.
- ❑ Es ist wichtig, dass alle Beteiligten gemeinsame Ziele und Vorstellungen entwickeln, eine Art Schulprogramm und Schulphilosophie. Wir meinen, Ganztagschulen sollten demokratische Schulen mit hohen Leistungserwartungen sein, in denen Demokratie gelebt und gelernt wird, in denen Integration groß geschrieben und Chancengleichheit angestrebt wird.
- ❑ In Ganztagschulen stehen die jungen Menschen und ihre individuellen Persönlichkeits-, Lern- und Leistungsentwicklungen im



Vordergrund. Ihre Talente und Interessen werden gefördert und unterstützt. Selbst verantwortetes und selbst gesteuertes Lernen nehmen einen breiten Raum ein. Lernprobleme werden bearbeitet, sobald sie sichtbar werden. Die Schule wird als sinnvolle Einheit von Lernen und Leben erfahren.

- ❑ Die ganztägige Schulöffnung verlangt und ermöglicht eine Weiterentwicklung der traditionellen Lehr- und Lernkultur. Es sollte mehr aktivierende und motivierende Lernarrangements geben, die nicht mehr nur im starren 45-Minuten-Takt ablaufen. Der klassische Unterricht sollte sich sinnvoll mit fächerübergreifendem Lernen, mehr Freiarbeit, Projekten, Lernen an außerschulischen Lernorten sowie Freizeitaktivitäten und Ruhephasen abwechseln.
- ❑ Beratung, Hilfe und Unterstützung durch Erwachsene und MitschülerInnen bekommen einen festen Ort im Konzept der Schule. Auch aktive und kooperative Problem- und Konfliktbearbeitung sind ein Markenzeichen guter Ganztagschulen.
- ❑ Ganztagschulen benötigen ein enges Netz der Zusammenarbeit mit Unterstützungseinrichtungen (Jugendhilfe, Sozialdienste, Schulpsychologischer Dienst, Kinder-



ärzte usw.). Durch die ganztägige Anwesenheit der Kinder und Jugendlichen in der Schule bekommen zum Beispiel Ernährungs- und Gesundheitsfragen einen noch viel größeren Stellenwert als in der Halbtagschule.

- ❑ Wenn Kinder und Jugendliche den ganzen Tag in der Schule verbringen sollen, dann müssen diese eine freundliche Lern- und Arbeitsatmosphäre haben. Für Ruhe- und Bewegungsphasen, für Projekt-, Werkstatt- und Freiarbeit, für das warme Mittagessen und für Begegnung und Kommunikation untereinander müssen ausreichend Räume geschaffen werden. Eine Bibliothek sollte ebenso vorhanden sein wie ansprechende Außenanlagen (z.B. ein Schulgarten, Sportflächen), Arbeitsplätze für die Lehrkräfte und Beratungszimmer für das Gespräch mit Eltern. Es muss nicht alles „sofort fertig“ sein. Aber auf Dauer angelegte Provisorien sind nicht akzeptabel.

Ganztagschule – ein Ort, an dem man sich wohlfühlt

Interview mit Ingrid Sehrbrock,
für Bildungspolitik zuständiges Vorstandsmitglied
im DGB - Bundesvorstand



? Die flächendeckende Einführung von Ganztagschulen wurde als Forderung wieder nach der Veröffentlichung der PISA Studie laut. Wie kann die Ganztagschule zu einer Leistungsverbesserung der Schülerinnen und Schüler beitragen?

! Aus meiner Sicht können Ganztagschulen individueller auf die einzelnen Schülerinnen und Schüler eingehen. Sie machen andere Unterrichtsstrukturen möglich, können Bedingungen schaffen, die unterschiedlichen Begabungen gerecht werden und die familiäre Erziehung und Bildung sinnvoll ergänzen. Schülerinnen und Schüler fühlen sich in Ganztagschulen offenbar wohler, denn die Abbrecherquoten sind erheblich niedriger als anderswo. Von den Hauptschulen in NRW ist jede fünfte eine Ganztagschule und nur 10 % der SchülerInnen brachen die Schule vorzeitig ab. In Berlin, wo Hauptschulen so gut wie keinen Ganztagsunterricht anbieten, lag die Abbrecherquote bei fast 37%. Nicht zuletzt die Lernwerkstätten und die Angebote an betreuter Freizeitgestaltung und die Hausaufgabenhilfe tragen zu besseren Lernerfolgen bei.

? Der DGB fordert, dass die Ganztagschule nicht als „verlängerte Halbtagsschule“ eingeführt werden darf. Welchen Kriterien muss eine „echte“ Ganztagschule genügen?

! Bund und Länder stimmen momentan darin überein, dass das Angebot in Deutschland im internationalen Vergleich mit 5 % recht dürrig ist. Dieser Konsens über ganztägige Bildung und Betreuung wird aber schon brüchig, wenn es um Fragen der Ausgestaltung geht. Für die Gewerkschaften – und damit sind wir uns mit den Arbeitgebern einig – muss es um qualitative Verbesserungen gehen. Hierzu gehört z.B. ein pädagogisches Gesamtkonzept, eine „Schulphilosophie“, die individuelle Leistungsförderung ebenso berücksichtigt wie Integration und Chancengleichheit. Fächerübergreifendes Lernen, projektorientierter Unterricht, also ein eigenständiger Lernrhythmus abseits der üblichen 45-Minuten-Strukturierung sind für mich wichtige Kriterien. Damit ist auch der Nachmittagsunterricht kein ergänzendes Angebot, sondern integraler Bestandteil von Schule. Selbstverständlich müssen auch Lehrkräfte und Schulleitung entsprechend qualifiziert werden.

? Sollte die Ganztagschule als verpflichtende Schulform für alle Schülerinnen und Schüler eingeführt werden?

! Dass dies verpflichtend sein muss, glaube ich nicht. Wir brauchen aber deutlich mehr Ganztagschulen in allen Schulformen. Wenn Mütter beispielsweise Erwerbstätigkeit und Familie vereinbaren wollen, dann muss auch die Schulpolitik diesem Ziel Rechnung tragen. In fast allen Ländern Europas findet Unterricht ganztags statt. Die Ganztagschule ist so selbstverständlich, dass es dafür keine spezielle Bezeichnung gibt. Mehr als 50 % vor allem der jüngeren Eltern sprechen sich für Ganztagschulen aus. Der Bedarf ist offenbar groß. Eltern wollen allerdings auch, dass die Förderung und Entwicklung ihrer Kinder durch professionell arbeitende Lehrerinnen und Lehrer erfolgt. Wir brauchen deshalb die nötigen Qualifizierungsangebote und begleitende Hilfen für Lehrerinnen und Lehrer, die sich auf das Experiment Ganztagschule einlassen. Es geht aber nicht darum, Eltern die Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder abzunehmen. Es fehlt heute oft ein Verständnis davon, dass Schule ein wichtiger Lebensraum für SchülerInnen und LehrerInnen ist, den man auch gestalten kann. Wenn man berücksichtigt, wie viel Lebenszeit sie in der Schule zubringen, müsste das eigentlich leicht nachvollziehbar sein. Von dieser Einsicht sind wir aber in vielen Schulen weit entfernt, geschweige denn von den notwendigen Konsequenzen. Ich finde es gut, dass Bundespräsident Johannes Rau dieses Thema kürzlich aufgegriffen hat.

Schule muss ein Ort sein, wo man gern hingehet, wo man sich wohlfühlt.

? Wie können sich Gewerkschaften als Organisation und engagierte Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen in die Gestaltung der Ganztagschulen einbringen?

! Das ist weniger schwierig als man denkt, denn unter den Haupt- und Ehrenamtlichen in unserer Organisation finden sich viele Mütter und Väter, die in den Elternvertretungen mitarbeiten. Ihr schulpolitisches Engagement und ihre Erfahrungen wollen wir nutzen. Wir wollen ihnen auch Informationen an die Hand geben, um den Ausbau von Ganztagsangeboten voranzutreiben.

Wir wollen ja auch junge Menschen beim Übergang von der Schule ins Arbeitsleben unterstützen. Und ich beschränke dies ausdrücklich nicht auf Fragen zur Berufswahl. Es geht auch um die Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen und sozialen Aspekten von Beruf und Arbeit sowie der persönlichen Lebensplanung. Wir wollen auch deutlich machen, dass Zukunft und Gesellschaft wandel- und gestaltbar sind, wenn man sich einbringt. Das heißt auch, Gewerkschaften und Gewerkschafter müssen konkret vor Ort sein. Unsere Unterrichtsprojekte für LehrerInnen im Rahmen von „Workshop Zukunft“ holen z.B. den Lebensalltag in die Schulen. Ganztagschulen – aber nicht nur diese – brauchen die Zusammenarbeit mit Vereinen, Musik- und Kunstschulen, Kirchen, Jugendverbänden oder Einrichtungen der Jugendhilfe, mit Hochschulen, Volkshochschulen – und natürlich mit Gewerkschaften.



Bildungsfinanzierung: Qualität hat ihren Preis

Bildung hat für jeden Einzelnen einen Ertrag, der sich in Gehalt und Lebensstandard nieder schlägt. Der wirtschaftliche Nutzen von Bildung für die ganze Gesellschaft wird jedoch von der OECD noch höher angesetzt als dieser individuelle Ertrag. In den neunziger Jahren wird für einige Staaten mehr als ein halber Prozentpunkt des Wirtschaftswachstums auf Verbesserungen im „Humankapital“, wozu Bildung und Qualifikation gehören, zurückgeführt.

Die öffentlichen Ausgaben für Bildung sind jedoch in Deutschland vergleichsweise gering. Hier fließen nur 4,3 % des Bruttoinlandprodukts (BIP) in das allgemeinbildende Schulsystem, während ein großer Teil der OECD-Staaten bei über 5% liegt. In Finnland und Schweden wird mit 5,7% und 6,5% deutlich mehr in die Bildung investiert. Andere Länder geben 12,7% der öffentlichen Haushalte für Bildung aus, Deutschland nur 9,8%. Die finanzielle Ausstattung der einzelnen Schulen wird im Zuge allgemeiner Sparmaßnahmen stetig reduziert. Schulen dürfen jedoch nicht zum Verwalter von Mängeln gemacht werden, die die öffentliche Haushaltspolitik produziert hat.

Angesichts der Rolle, die Bildung für die Zukunftsfähigkeit eines Landes spielt, und angesichts des dringenden Reformbedarfs des deutschen Schul-

systems müssen die Bildungsausgaben deutlich erhöht werden. Bildung muss eine höherer Stellenwert in der Haushaltspolitik auf

allen Ebenen eingeräumt werden und die Ansätze eines Rückzugs des Staates aus der Verantwortung für die Bildungs-, insbesondere für die Schulfinanzierung z.B. zugunsten privaten Sponsorings müssen zurück gedrängt werden.

„ Der Zusammenhang zwischen Bildung und Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft ist enger als wir das jemals vermutet hätten. “

Andreas Schleicher, PISA-Koordinator der OECD

Der internationale Vergleich zeigt, dass sich die Verteilung der Bildungsausgaben in Deutschland von der in den meisten anderen Ländern, insbesondere den PISA-Spitzenreitern, unterscheidet. In Deutschland fließen die Gelder besonders in den Bereich der Sekundarstufe II (Oberstufe). Die jährlichen Bildungsausgaben liegen dort bei 10.107 Dollar pro SchülerIn, während im Primarbereich (Grundschule) weniger als die Hälfte (3.818 Dollar pro SchülerIn) ausgegeben wird. Im Gegensatz dazu liegt in anderen Ländern der Schwerpunkt der Förderung bei den „Kleinen“. Der OECD-Durchschnitt liegt hier bei 4.148 US-Dollar.¹ Den Unterschied in der Wertschätzung von Kindern zeigt auch ein weiterer Vergleich: Im deutschen Kindergarten ist der private Anteil, den Familien durch Gebühren aufbringen,

fast doppelt so hoch wie der Durchschnitt der OECD-Staaten.

Der Bildungsstand in Deutschland stagniert

Was den Bildungsstand in der Bevölkerung betrifft, stagniert Deutschland nicht nur, es fällt sogar zurück. So liegt im Vergleich höherer Schulabschlüsse Deutschland bei den 55- bis 64- Jährigen auf Platz vier von 29 verglichenen Ländern. In der mittleren Altersgruppe sinkt es auf Platz acht und rutscht bei den 25- bis 44-Jährigen auf den 12. Rang. Der Bildungsstand von Jüngeren gegenüber Älteren hat also in den OECD-Staaten deutlich zugenommen, in Deutschland jedoch nur geringfügig. Das heißt nicht, dass hierzulande mittlerweile weniger für Bildung getan wird als früher, sondern dass die anderen Länder in den letzten Jahren ihr Bildungssystem viel stärker ausgebaut und damit das deutsche System „abgehängt“ haben. In 14 von 18 Staaten stiegen zwischen 1995 und 1999 entsprechend die privaten und öffentlichen Aufwendungen für diesen Bereich um mehr als 5 %, in Deutschland nur um 2%.

Beim Anteil der Studienberechtigten liegt Deutschland zusammen mit Mexiko, Österreich und der Schweiz sehr weit hinten. Entsprechend wenige junge Leute fangen hierzulande ein Studium an. Und bei der Studienabschlussquote wird das deutsche System vollends abgeschlagen: Nur 19% der Bevölkerung eines Altersjahrganges schließen hier ein Studium ab.

Länder wie Australien, Finnland und die USA bringen hingegen Abschlussquoten von weit über 30% zustande. Das Ziel, 40 % eines Altersjahrganges erfolgreich ein Studium abschließen zu lassen, ist – vor allem angesichts des zunehmenden Mangels an AkademikerInnen auf dem Arbeitsmarkt – nachdrücklich zu unterstützen. Hohe Abbrecherquoten, unzureichende finanzielle Ausstattung der Hochschulen, die fahrlässige Vernachlässigung der Pflege des wissenschaftlichen Nachwuchses lassen jedoch berechtigte Zweifel daran aufkommen, dass unsere Hochschulen in ihrem derzeitigen Zustand den heutigen und erst recht den künftigen Anforderungen der Wissensgesellschaft gerecht werden können.

Die Berufsbildung

Rund 170.000 betriebliche Ausbildungsplätze fehlen derzeit, 27 % der Jugendlichen, die eine Ausbildung beginnen wollen, haben keine Stelle. Nur ein Drittel der Betriebe und Verwaltungen bildet noch aus. Oder anders ausgedrückt: 70 % der Betriebe in dieser Republik bilden nicht aus. Selbst von den 1,2 Millionen Betrieben, die eine Ausbildungsberechtigung haben, beteiligt sich nur die Hälfte. Dramatisch ist auch die Entwicklung bei den jugendlichen Arbeitslosen bis zu 25 Jahren. Aktuell sind mehr als 500.000 Jugendliche arbeitslos, davon weit mehr als 100.000 unter 20 Jahren. Ca. 75% von ihnen haben keine berufliche Ausbildung.



¹Quelle: OECD: Bildung auf einen Blick. 2002

Stichwort Elternarbeit

Ein hohes Gut unserer Bildungspolitik ist die Lehrmittelfreiheit, die neuerdings angesichts knapper öffentlicher Kassen vielerorts zur Diskussion steht. Tatsächlich finanzieren Eltern aber bereits jetzt an vielen Stellen den Unterricht (nicht nur über Steuern) mit. Dieser für viele selbstverständliche Akt ist für sozial schwache oder kinderreiche Familien oft ein Problem, das sensibel zwischen Elternvertretung und Klassenlehrer/in und betroffener Familie gelöst werden muss. In der Regel gibt es auch keinen Überblick darüber, was alles in welchem Umfang privat finanziert wird. Hier hilft eine Umfrage unter den Eltern: was tragen sie bei zur Beschaffung von Unterrichtsmaterialien, zu Klassenfahrten und Ausflügen, wie breit wird auf privaten Nachhilfeunterricht zurückgegriffen, um Defizite auszugleichen? Die Auswertung der Umfrage kann auf diesen Tatbestand aufmerksam machen.

Dabei sind die Qualifikationsanforderungen stetig gestiegen: 1980 waren 36 % der ArbeitnehmerInnen an- oder ungelernnt. 1985 erforderte noch jeder vierte Arbeitsplatz keinerlei formale Berufsausbildung. Im Jahr 2010 wird dies nur noch für 11,4 % aller Arbeitsplätze gelten. Auf Tätigkeiten, die eine Ausbildung oder Fachschule erforderten, entfielen 1985 64,5 % der Jobs. Bis 2010 wird deren Anteil auf 71 % steigen. Auch akademische Qualifikationen werden verstärkt nachgefragt: Gerade einmal jeder 10. Beschäftigte hatte 1985 eine Hochschule besucht, 2010 wird das für 17 % gelten. Unqualifizierte dagegen haben immer weniger Chancen.

Gleichzeitig beklagen Unternehmen ihren Mangel an qualifizierten MitarbeiterInnen. Alle Prognosen sagen, dass die Zahl der Fachkräfte nach 2008 noch einmal kräftig abnehmen wird. In Zukunft werden nur noch 20% der

Erwerbstätigen jünger als 30 Jahre sein, während ein Drittel jenseits der 50 ist. Statt Prävention ist auch hier Stagnation und Rückfall eingetreten. Noch 1993 boten die Unternehmen betriebliche Weiterbildung für 85% ihrer Beschäftigten an, 2002 waren es knapp 75%.

Chancengleichheit als Maßstab

Ein wichtiges Ziel der Bildungsfinanzierung muss es sein, die bestehende Chancenungleichheit in der Bildungsbeteiligung abzubauen. Die finanzielle

Bevorzugung der höheren Bildung führt in Deutschland, wo Bildungschancen in hohem Maße von der sozialen Herkunft abhängen, zu einer „Privilegierung der Privilegierten“. Auch deshalb ist ein Schwerpunkt in der vorschulischen und in der Grundschulbildung dringend notwendig. Die Erfahrungen in anderen Ländern zeigen, dass eine frühe Förderung zu einem Ausgleich bestehender Chancenungleichheiten beitragen kann. Dazu gehören z.B. auch gezielte Sprachförderungen für Kinder mit Migrationshintergrund und deren frühe Integration durch gemeinsamen Kindertagesstätten- (KiTa) und Vorschulbesuch.

Während in anderen Ländern die Finanzierung der KiTas und Vorschulen selbstverständlich zu den Bildungsausgaben gehören, wird dieser Bereich in Deutschland nach wie vor hauptsächlich privat finanziert. Ein flächendeckendes und kostenfreies Bildungs- und Betreuungsangebot ist eine wichtige

Grundlage zur Verbesserung der Bildung allgemein und besonders zum Ausgleich von sozialen Benachteiligungen. Die vergleichsweise große Gruppe, die laut PISA die deutschen Schulen mit schlechten Leistungen verlässt, macht es darüber hinaus dringend notwendig, dass Benachteiligte auf allen Ebenen des Bildungswesens – Vorschule, Schule, berufliche Bildung, Hochschule und Weiterbildung – besondere Unterstützung erhalten.

Qualität durch Kooperation

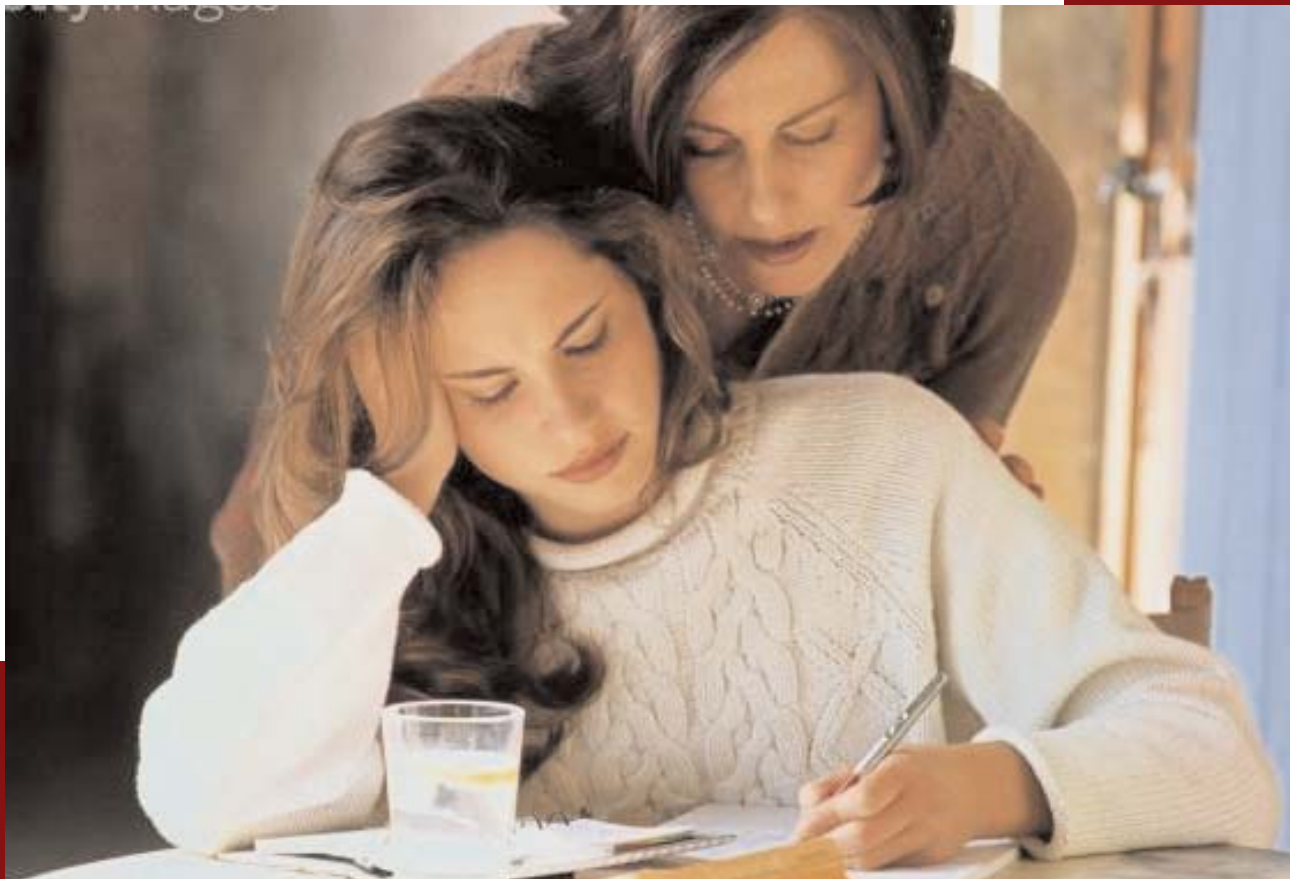
Bildung ist in Deutschland Ländersache. Da die Sozialstruktur und Wirtschaftskraft in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich ist, weichen auch die Rahmenbedingungen für Bildungspolitik und -finanzierung voneinander ab, zum Teil so stark, dass die Frage berechtigt ist, inwieweit unser Schulsystem eigentlich noch mit dem Gleichheitsgebot des Grundgesetzes vereinbar ist. Um das Schulsystem in Deutschland nachhaltig zu verbessern, bedarf es deshalb gemeinsamer und kooperativer Anstrengungen der Länder und des Bundes. Bisher wurde das Thema Bildung leider häufig in Wahlkampfzeiten für Parteizegänke instrumentalisiert. So sind aber keine Verbesserungen zu erreichen. Wenn die notwendige Eigenständigkeit der einzelnen Schulen zur Verbesserung des Angebots umgesetzt werden soll, bedarf es bundesweiter Standards, welche die Kompetenzen der SchülerInnen, die Lernprozesse und die schulischen Rahmenbedingungen sichern. Die Entwicklung von Konzepten zur Sicherung von Qualität und Chancen-

„ Bildungsreformen werden nur dann eine Chance haben, wenn Bildungsinvestitionen deutlich erhöht werden. “

Koordinierungsausschuss beruflicher Bildung / Bildung der Gewerkschaften

gleichheit ist eine wichtige gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern. Nur so können Stärken ausgebaut und Schwächen erkannt und behoben werden. Auch solche Verfahren kosten Geld. Aber wenn Deutschland aus der zweiten Liga in Sachen Bildung aufsteigen will, sind Erhöhungen der Bildungsetats unumgänglich.

Seit Jahren weisen die Gewerkschaften darauf hin, dass in unserem Halbtagsschulsystem die Eltern – vor allem die Mütter – als „HilfslehrerInnen der Nation“ dienen. Bereits 1996 hat Klaus Hurrelmann hochgerechnet, dass Eltern in Deutschland pro Woche mindestens 30 Millionen Mark für den Nachhilfeunterricht ausgeben. Das sind im Schnitt 150 bis 250 DM pro Kind und Monat. Der Forscher stellte fest, dass die gewinnorientierten Nachmittagsschulen sich nicht nur bei Versetzungsproblemen anbieten, sondern immer häufiger mit einer Rundumversorgung werben. Dieser teure private Bildungsmarkt am Nachmittag trägt ebenso zur schleichenden Privatisierung der Bildungskosten bei, wie die steigenden Ausgaben von Familien für Lernmittel. Chancengleichheit verwirklichen und Beschäftigungsentwicklung fördern heißt jedoch, die Bildungspolitik weit genug nach oben auf die Liste gesellschaftlicher Prioritäten und öffentlicher Ausgaben zu setzen, anstatt öffentliche Verantwortung auf Kosten der Familien abzubauen.



Teil 2: Elternarbeit

**„ Die Lehrer brauchen viel, um ihre Aufgabe zu erfüllen.
Vor allem brauchen sie unsere Unterstützung.“**

Bundespräsident Johannes Rau



Wie Eltern sich einmischen und Verantwortung übernehmen

Wenn etwas nicht gelungen ist, wird in der Regel erst einmal nach Schuldigen gesucht. Bei PISA ist es vielen nicht schwer gefallen, die Schuldigen auszumachen und einem ganzen Berufsstand, den LehrerInnen, Versagen und Unfähigkeit vorzuwerfen. Weder liefern die Daten der Studie hierfür konkrete Belege, noch hilft dies weiter.

In der Debatte um PISA wurde allerdings deutlich, wie schwer es fällt, mit kritischen Rückmeldungen umzugehen und die Ergebnisse als Ansatzpunkte für Veränderungen zu nutzen. Auf Vergleichsstudien zu starren, wie das Kaninchen auf die Schlange, hilft nicht. Es geht um eine systematische Aufarbeitung der Ergebnisse: die Lehrkräfte miteinander und gemeinsam mit ihren SchülerInnen, die Schulen selbstverantwortlich auch im Vergleich mit anderen Schulen.

Wir müssen früher als bisher anfangen, unsere Kinder intensiv und indi-

viduell zu fördern. Wir müssen all diejenigen, die beim Zugang zu Bildung und Ausbildung benachteiligt sind, besonders unterstützen. Wir dürfen nicht selektieren, sondern müssen motivieren und die Möglichkeit bieten, länger gemeinsam zu lernen.

Sich einmischen und Verantwortung übernehmen gelingt nur dann, wenn die Erkenntnis vorhanden ist, dass sich Schulen nicht in einem luftleeren Raum befinden, sondern mit ihrem gesellschaftlichen Umfeld, dem Stadtteil, der Region besser vernetzt werden müssen. Neue Arbeitsformen gelingen nur dort, wo vor Ort Eltern, Vereine, Betriebe, Gewerkschaften, und andere gesellschaftliche Gruppen aktiv mitwirken.

Denn die Anforderungen, die von außen an die Schule gestellt werden, stoßen nur dann auf Akzeptanz, wenn auch die Bereitschaft zur Kommunikation und Kooperation, zur Hilfe und Mitarbeit vorhanden ist.



Was können Eltern tun?

Zunächst einmal gilt: Es wird bereits eine Menge getan. Deutschland ist ein Land, in dem die sportliche, kulturelle oder musische Förderung der Kinder und Jugendlichen in weiten Teilen ausschließlich durch das Elternhaus sichergestellt wird. Eltern – insbesondere Mütter – können mit Fug und Recht als „HilfslehrerInnen der Nation“ bezeichnet werden. Hinzu kommen enorme Beiträge, die Eltern für die Nachhilfe ausgeben, so weit sie es sich finanziell leisten können.

Es gibt keine Schule, insbesondere im Grundschul- und SEK I-Bereich, die ohne die Mitarbeit der Eltern auskommt. Eltern, die sich an Schulfesten engagieren, bei Ausflügen unterstützen, die Schulbücherei pflegen, den Kakaodienst übernehmen, u.a. mehr. Die finanziellen Engpässe der Schulen führen überdies dazu,

dass in Klassen und Gemeinschaftsräumen geputzt wird, dass Klassenräume gestrichen und gebrauchte Computer besorgt werden. Fördervereine versuchen, über eine Vielzahl von Aktivitäten das Budget der Schule zu erhöhen.

Elternarbeit beginnt beim eigenen Kind und wird oft von der Schule vorausgesetzt, auch wenn anderes gesagt wird. Schon hier allerdings taucht die Frage auf, woran Eltern die Unterstützung ihrer Kinder ausrichten wollen. Viele Eltern sind oft hin und her gerissen zwischen ihrem Wunsch nach bestmöglicher Förderung und einem schulischen Leistungsverständnis, in dem die Einzelleistung, die Benotung und das Faktenwissen im Vordergrund stehen. Leistungsorientierter Unterricht muss aber nicht im Gegensatz zur Vermitt-

lung von Zusammenhangswissen, zur Erhöhung sozialer Kompetenz und zur Förderung von Gruppen- und Teamarbeit stehen. Gerade berufstätige Eltern können hier mit ihren Erfahrungen aus Arbeit und Weiterbildung Lernkonzepte positiv befördern, in denen die Ganzheitlichkeit und das gemeinsame Lernen im Vordergrund stehen.

Eltern können gerade in den ersten Schuljahren in Elternabenden, die nach den Schulgesetzen vieler Länder von ihnen selbst verantwortet und gestaltet werden, auf die Lernkultur der Klasse einwirken. Wie geht die Klassengemeinschaft mit Ausgrenzungen und Diskriminierungen um? Wie kann die Lehrkraft unterstützt, wo kann sie bestärkt werden? Wie können aus der Klassengemeinschaft gemeinsame Initiativen zur Verbesserung der Situation an der Schule entstehen?

Schulelternbeiräte und ElternvertreterInnen in der Schulkonferenz tragen ganz erheblich zur Lernkultur einer Schule bei. Es wird in der Regel keine Schulgemeinde geben, die nicht Initiativen der Elternschaft

begrüßt, die zur Verbesserung der Lernqualität beitragen. Dies können Maßnahmen in der Pausenhofgestaltung sein, die Sicherung der Schulwege, Maßnahmen zur Integration von Migrantenkindern und -familien, Initiativen zum fächerübergreifenden Unterricht, der Vorschlag zu Projektwochen usw. Elternbeiräte können gute Unterrichtserfahrungen an der Schule zur Diskussion stellen oder gute Beispiele an anderen Schulen aufarbeiten.

Häufig werden aktive GewerkschafterInnen, Betriebsräte oder Vertrauensleute zu ElternvertreterInnen gewählt. Nicht selten wird aber kein Bezug zwischen der ehrenamtlichen Arbeit im Betrieb und der Elternarbeit an der Schule hergestellt. Dabei resultiert aus diesem Zusammenhang nicht nur ein Stück Bestätigung für die hohe Anerkennung der ehrenamtlichen KollegInnen, sondern auch ein Stück Verpflichtung, den Alltag der schulischen Elternarbeit an den drei großen bildungspolitischen Zielen der Gewerkschaften auszurichten: Gleichwertigkeit, Durchlässigkeit und Chancengleichheit.



Warum engagiert sich ein Betriebsrat in der Elternarbeit?

Gespräch mit Willy Heinzmann, Vater, IG Metall und langjähriges Betriebsratsmitglied bei der Firma John Deere in Mannheim, überdies aktiv in den Verbänden GGG (Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule) und GGT (Ganztagsschulverband. Gemeinnützige Gesellschaft Tagesheimschule)

? Seit vielen Jahren bist du als Elternsprecher in der Schule deiner Kinder engagiert; seit fast ebenso vielen Jahren setzt du dich für die integrierte Gesamtschule und jetzt für die Ganztagschule ein. Kannst du zu deinen Motiven Stellung nehmen?

! Das hat sicher mit einigen ganz persönlichen Einstellungen zu tun, die ich aus meinem Elternhaus mitgenommen habe. Ich wurde so geprägt, dass mit dem eigenen Einsatz (fast) alles erreichbar ist und man sich nie unterkriegen lassen darf. So richtig das als Einstellung ist, so naiv ist es als Leitlinie im täglichen Leben. Es kommen die vielen äußeren Umstände dazu, die für den Einzelnen nicht oder nur beschränkt veränderbar sind. Ich habe viele dieser äußeren Umstände als ungerecht empfunden. Sie nehmen Chancen für die eigene Entwicklung weg. Das Wichtigste dabei sind in unserer Gesellschaft die Bildungschancen. Ich habe dies auf meinem Weg durch den zweiten Bildungsweg sehr deutlich erfahren. Von daher war es für mich ganz natürlich, gegen die Ungerechtigkeiten bei der Zuteilung der Bildungschancen einzutreten und mich in der Elternarbeit zu engagieren.

? Rückblickend: wie schätzt du die Gestaltungsmöglichkeiten für die Beteiligung der Eltern ein, wo siehst du die Grenzen?

! Selbst Verantwortung übernehmen müssen Eltern zunächst einmal bei der Erziehung ihrer eigenen Kinder. Mich macht es sehr betroffen, wenn diese Verantwortung nicht ausreichend wahrgenommen wird oder nicht wahrgenommen werden kann. Ich vermisse in Deutschland sehr eine Politik und einen gesellschaftlichen Konsens, der Kinder, Eltern und Familien stärkt und sie nicht zum Bittsteller des Staates macht. In vielen europäischen Ländern läuft das viel besser. Aber du hast nach den Gestaltungsmöglichkeiten gefragt. Das reicht für mich vom altbekannten Kuchenbacken für das Schulfest bis zur Mitarbeit an einer Lehrplankommission oder der Mitarbeit an einem Schulprogramm. Natürlich sind die großen Veränderungen selten. Aber ich habe mich immer auch freuen können über die kleinen Verbesserungen und die Beiträge zu einem positiven Schulklima. Wichtig ist, dass als Maßstab immer das Kind und seine Förderung im Mittelpunkt steht. Die Grenzen der Elternarbeit liegen in den



oben genannten vielen widrigen Umständen und an den begrenzten eigenen Möglichkeiten, der Kraft und der Zeit. Das sollte aber niemand vom Engagement abhalten.

? Die Ergebnisse von PISA und anderer Studien erzwingen geradezu eine Schulform, die sich praktisch nicht von den Zielen einer integrierten Gesamtschule unterscheidet. Was ist deine Botschaft: wo liegt der Hauptbedarf an Reform in der Schulpolitik in Deutschland?

! Die Botschaft lautet „Fördern statt Auslesen“. Wir leisten uns immer noch den Luxus einer vordemokratischen Begabungstheorie, die vorgibt, bei Kindern im vierten Schuljahr eine verlässliche Aussage über den späteren Schulerfolg im dreigliedrigen Schulsystem machen zu können. Dies ist Unfug. Aber unsere Gesellschaft glaubt leider mehrheitlich an diesen Unfug und duldet das dreigliedrige Schulsystem obwohl es ungeheure Ressourcen bei sehr mäßigem Erfolg verbraucht. Schließlich darf man nicht vergessen, dass die Verfechter des heutigen Systems nicht frei von Eigeninteressen sind. Sie waren oder sind die Nutznießer des Systems. Ich bin mittelfristig allerdings hoffnungsfroh. So wie das Dreiklassenwahlrecht in Preußen sich nicht ewig halten konnte, so wird es auch der dreigliedrige Schule gehen. Leider schaffen

es auch die deutschen Gesamtschulen nicht, einen Gegenpol zu bilden. Sie werden durch die Vorschriften der Kultusministerkonferenz

vielfach gegängelt und gezwungen, das ungeliebte System der Zwangsdifferenzierung umzusetzen. Das verhindert ihren Erfolg. Man sollte den deutschen Schulen endlich eine eigenständige Entwicklung zu einer Schule für alle Kinder zugestehen.

? Hat man dich jemals in deiner Elternarbeit als Gewerkschafter angesehen? Oder – was auch möglich wäre – sehen deine Kolleginnen und Kollegen im Betrieb dich auch in deiner Eigenschaft als Elternvertreter?

! Ja, in beide Richtungen, weil ich in beiden Bereichen das Thema Ungerechtigkeit und Eröffnen von Chancen angehe. Das wurde und wird anerkannt und hat mir wechselseitig sehr geholfen. So wurde ich während der letzten Tarifrunde von einem Lehrer gebeten, ihm bei der Unterrichtseinheit „Tarifvertragsparteien“ zu helfen. Andererseits sprechen mich Kollegen im Betrieb an und bitten mich um Hilfe bei Problemen in der Schule. Darauf bin ich ein bisschen stolz. Ich bin überzeugt, dass gewerkschaftliche Grundwerte wie z.B. Solidarität und Chancengerechtigkeit nicht auf Betrieb und Gewerkschaft beschränkt sind. Insoweit können Gewerkschaften und GewerkschafterInnen der Elternarbeit viel geben. Sehr hilfreich sind auch die Erfahrungen in der Bildungsarbeit, um Eltern und ElternvertreterInnen fit und selbstbewusst für ihre Aufgaben zu machen.

Hinweise zur gesetzlichen Grundlage der Elternarbeit



Die gesetzlichen Regelungen sind zwischen den Bundesländern zum Teil sehr verschieden und werden hier grob dargestellt. Grundlage ist das Handbuch: **Hermann Avenarius/ Hans Heckel: Schulrechtskunde. Neuwied/Kriftl: Luchterhand 2002.**

Nähere Informationen sind in den Landesschulgesetzen zu finden oder können z.B. bei den Landeselternbeiräten erfragt werden (siehe auch die Links im Anhang).

Eltern sind an allen Fragen zu beteiligen, welche die schulischen Aufgaben und die Verwirklichung der Schulziele betreffen, um als Erziehungsberechtigte die eigenen und die Interessen der Kinder zu vertreten.

Einfluss kann in begrenztem Rahmen auf die Gestaltung des Unterrichts, die Auswahl der Lernmittel, die Durchführung von Veranstaltungen und die Organisation des Schulalltags genommen werden. Außerdem haben ElternvertreterInnen das Recht, Auskünfte von der Schulleitung einzuholen und dort Anregungen, Kritik und Beschwerden vorzutragen.

Die Elternrechte gelten nur bei minderjährigen Kindern. Eltern von volljährigen Kindern können sich nicht als ElternvertreterInnen wählen lassen. In fast

allen Bundesländern werden bereits auf Klassenebene ElternvertreterInnen gewählt, die verantwortlich für die Planung und Durchführung der Elternversammlungen sind. In Baden-Württemberg gibt es Klassenpflegschaften, die sich aus Lehrkräften und Eltern zusammensetzen. Die ElternvertreterInnen bilden gemeinsam den Schülternbeirat (in Bayern und Rheinland-Pfalz wird der Schülternbeirat direkt von allen Eltern einer Schule gewählt). Von dort werden ebenfalls VertreterInnen in andere Gremien delegiert.

In fast allen Bundesländern gibt es Schulkonferenzen, die in ihrer Zusammensetzung und ihren Befugnissen aber unterschiedlich sind. Häufig setzen sie sich zu gleichen Anteilen aus LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen zusammen (In Hamburg steht der Schulkonferenz der Schulleiter/ die Schulleiterin vor). In anderen Ländern ist das Verhältnis von LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen 2:1:1 (Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen) oder es existiert keine Schulkonferenz (Niedersachsen, Sachsenanhalt). Dort sind die Eltern an den Gesamtkonferenzen beteiligt. Die Schulkonferenz entscheidet über grundsätzliche Fragen des Schulalltags und ist daher für die Elternarbeit sehr wichtig. Achten sollte man darauf, dass elterliche Initiativen in der Schulkonferenz und

Initiativen des Elternbeirates aufeinander abgestimmt sind.

Die Gremien der Elternvertretung setzen sich meist auch auf Stadt- bzw. Kreisebene fort (Stadt- oder Kreiselternbeirat). In vielen Bundesländern gibt es Landeseltern(bei)räte. Auf Bundesebene gibt es die Bundeselternvertretung, die zwar nicht direkt in Gremien vertreten ist, sich aber stark an den bildungspolitischen Diskussionen beteiligt. Aber auch in manchen Bundesländern haben sich verschiedene Vereine gegründet, die Interessen von Eltern in öffentliche Diskussionen einbringen, z.B. den Elternbund Hessen (ebh, siehe Anhang).

In der Schule treten auch viele Probleme auf, die nicht in den verschiedenen Gremien behandelt werden sollen oder können. Es gibt immer wieder schwierige Situationen in Familien oder im Umfeld, die Kinder belasten und das freie Lernen beeinträchtigen. Um über solche Probleme sprechen und Lösungen finden zu können, ist ein kontinuierlicher Austausch zwischen Eltern und LehrerInnen, bzw. der Schule wichtig. Auch hier kann der deutsche Schulalltag vom Ausland lernen: in Skandinavien und England z.B. werden Eltern einbezogen und erhalten Hilfen und Unterstützungen bei familiären Problemen. Erziehung und Bildung werden als gemeinsame

Aufgabe von Eltern und Schule angesehen, angesprochen und angegangen. Eine solche Haltung ist notwendig, um Kindern und Jugendlichen ein unbezwertes und freiwilliges Lernen zu ermöglichen.

Der Vergleich mit dem schulischen Leben in anderen Staaten zeigt, dass nur die Schulen exzellente Leistungen und gute Problemlösungen hervorbringen, die alle am Schulleben Beteiligten gleichberechtigt und kontinuierlich einbeziehen. Elternarbeit kann dies verstärken, indem dem/der KlassenlehrerIn angeboten wird, z.B. über drohende Überweisungen auf Sonderschulen zu beraten oder im Elternbeirat über Nichtversetzungen und Schulformwechsel eine Statistik zu führen.

In der starken Partnerschaft und wechselseitigen Verantwortungsbereitschaft von LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern liegt ein wichtiger Hebel für eine zukunftsfähige Erneuerung unserer Schulen. Diese Partnerschaft darf nicht abstrakt bleiben. Sie kann ihren Ausdruck in gemeinsamen und konkreten Übereinkünften zwischen Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen finden. Dabei müssen die jeweiligen Verantwortlichkeiten klar beschrieben sein. Nur so kann sich eine Basis für vertrauensvolles und verantwortungsbereites Miteinander herausbilden.





Beispiele engagierter Elternarbeit

Beispiel 1: „Bildungs- und Erziehungsvertrag“

Eine stärkere Einbeziehung und Mitwirkung bedeutet, gemeinsame Absprachen auf gleicher Augenhöhe zu treffen. In solchen Vereinbarungen, die insbesondere in Großbritannien erprobt worden sind, geht es um einen Vertragsmodus, der von allen Beteiligten getragen wird.

Wie eine Vereinbarung aussehen kann, wird hier vorgestellt:

„Bildungs- und Erziehungsvertrag der XY-Schule in Z“

In der folgenden Übereinkunft wollen wir Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und Erziehungsberechtigte sowie wir Schülerinnen und Schüler festlegen, wie wir zum Gelingen des Bildungs- und Erziehungsprozesses in unserer Schule beitragen können.

Wir Lehrerinnen und Lehrer sind überzeugt, dass gelingende Bildung und Erziehung als Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben in einer zukünftigen Gesellschaft davon abhängt, dass

- ▶▶ alle Schülerinnen und Schüler als noch in der Entwicklung und Reifung befindliche junge Menschen und daher in ihren Schwächen und ‚Unvollkommenheiten‘ angenommen werden,
- ▶▶ ihnen geholfen wird, ihre Stärken zu entwickeln und auszubauen,
- ▶▶ nicht nur ihre körperliche, sondern auch ihre seelische Unversehrtheit gewahrt wird,
- ▶▶ ihnen Freude am Lernen und Neugierde auf die persönliche Entwicklung vermittelt wird.

Deshalb werden wir

- ▶▶ Kritikfähigkeit, Verlässlichkeit, Pünktlichkeit, Gerechtigkeit und Vertrauensbereitschaft entwickeln und uns selbst auch daran orientieren,
- ▶▶ Kooperationsbereitschaft untereinander ausbauen und diese auch mit jungen Menschen und deren Erziehenden umsetzen,
- ▶▶ kontinuierlich Lernende und Erziehende über erreichte Lernerfolge informieren und auf erforderliche Nacharbeiten und Korrekturen aufmerksam machen,
- ▶▶ Hilfen anbieten und auf Hilfsangebote auch von dritter Seite aufmerksam machen und auch selbst annehmen.

Wir sagen zu,

- ▶▶ unseren Unterricht zielorientiert gewissenhaft vorzubereiten, methodisch vielfältig anzulegen und Differenzierungs- und Fördermöglichkeiten vorzusehen,
- ▶▶ Arbeitsaufträge, auch für die häusliche Weiterarbeit (Hausaufgaben), klar zu formulieren, ihre angemessene Erledigung zu überprüfen und bei erkennbaren Schwächen Anregungen zu deren Überwindung zu geben,
- ▶▶ für ein anregendes und motivierendes Unterrichtsklima auch bei schwierigen Klassensituationen zu sorgen,
- ▶▶ positive Lernleistungen auch bei Leistungsschwächeren hervorzuheben und die erforderliche Kritik konstruktiv zu wenden,
- ▶▶ für sachliche und auch persönliche Probleme der Schülerinnen und Schüler offen zu sein und uns für deren Behandlung Zeit zu nehmen,
- ▶▶ regelmäßig für ratsuchende Eltern und Erziehungsberechtigte persönlich zur Verfügung zu stehen und für Berufstätige erreichbare Sprechstunden abzuhalten,
- ▶▶ uns mit unseren Kolleginnen und Kollegen, die in der selben Klasse unterrichten sowohl sachlich abzustimmen als auch Bildungs- und Erziehungsfragen anlassunabhängig zu besprechen,
- ▶▶ pünktlich den Unterricht zu beginnen und zu beenden.

Wir unterstreichen hiermit unsere Bereitschaft, bei Nichteinhaltung dieser Zusagen mit Eltern und Schülerinnen und Schülern ein klärendes Gespräch zu führen und gegebenenfalls auch für ein Gespräch mit der Schulleitung zur Verfügung zu stehen.





Wir Eltern und Erziehungsberechtigte wollen

- ▶▶ unsere Kinder in ihren Freuden, Sorgen und Ängsten ernst nehmen und Ehrlichkeit, Toleranz und Verantwortungsbereitschaft der jungen Menschen unterstützen und entwickeln,
- ▶▶ ihnen, soweit es in unseren Kräften steht, Vorbild und Anregung sein, sie ermutigen, aber auch notwendige Begrenzungen einfordern,
- ▶▶ Hilfen wenn nötig erbitten und Hilfsangebote annehmen.

Deshalb werden wir

- ▶▶ Informations- und Beratungsmöglichkeiten der Schule und der Lehrkräfte gewissenhaft prüfen und nutzen,
- ▶▶ die Lehrkräfte in ihrer Bildungs- und Erziehungsarbeit unterstützen und Sorgen um die Kinder den Lehrkräften rechtzeitig und vertrauensvoll mitteilen,
- ▶▶ gegenüber den Lehrkräften konstruktive Kritik äußern und mit ihnen gemeinsam Lösungswege suchen,
- ▶▶ die in der Schule geltenden Regeln und Normen unterstützen.

Wir sagen zu, dass wir

- ▶▶ unsere Kinder zu regelmäßigem Schulbesuch anhalten und die Erledigung von Hausaufgaben und deren Ergebnis kontrollieren,
- ▶▶ Lernschwierigkeiten oder Verhaltensauffälligkeiten unmittelbar mit der Klassenlehrerin oder dem Klassenlehrer besprechen,
- ▶▶ konkrete Kritik an einer Lehrkraft, ihrer Unterrichtsgestaltung oder auch ihrem persönlichen Verhalten zunächst direkt mit ihr besprechen,
- ▶▶ Kritik der Lehrkräfte an unseren Kindern sorgfältig prüfen, sie mit unseren Kindern besprechen und auf Abhilfe drängen,
- ▶▶ gemeinsam mit den Lehrkräften Maßnahmen zur Überwindung von Schwierigkeiten absprechen und Absprachen auch einhalten,
- ▶▶ die erforderlichen Ausstattungen rechtzeitig bereitstellen und die Kinder zur Mitnahme anhalten,
- ▶▶ die Möglichkeiten der organisierten Schulmitwirkung (Elternabende etc.) nutzen und uns nach unseren Möglichkeiten am Schulleben beteiligen.

Uns ist klar, dass wir bei Nichteinhaltung dieser Zusagen eine schriftliche Einladung zu einem Beratungsgespräch bei der Klassenlehrerin bzw. dem Klassenlehrer erhalten. Wir erklären unsere Bereitschaft, dieser Einladung auch Folge zu leisten. Wir sind damit einverstanden, dass eine zweite Einladung der Schulleitung zur Kenntnis gegeben wird.

Wir Lernenden wissen, dass unser Schulerfolg und unser erfolgreiches Erwachsenwerden davon abhängig ist, dass wir

- ▶▶ das in unseren Kräften Stehende dazu beitragen,
- ▶▶ Toleranz üben und Schwächen Anderer nicht ausnutzen,
- ▶▶ unseren Lehrkräften Vertrauen schenken und sie in unsere Freuden, Sorgen und Nöte einbeziehen,
- ▶▶ uns an der Gestaltung unseres Schullebens beteiligen und zu einem guten Schulklima beitragen.

Deshalb werden wir

- ▶▶ im Unterricht aufmerksam sein und mitarbeiten,
- ▶▶ Sorgen und Ängste unseren Lehrerinnen und Lehrern mitteilen,
- ▶▶ überlegt unsere Meinung vertreten und Zivilcourage gegenüber den Mitslernenden und den Lehrkräften zeigen,
- ▶▶ die aufgestellten Regeln der Schule gewissenhaft einhalten.

Wir sagen zu, dass wir

- ▶▶ keine körperliche Gewalt gegen unsere Mitschülerinnen und Mitschüler ausüben,
- ▶▶ Andere nicht mit Schimpfworten oder abwertenden Äußerungen kränken oder verletzen,
- ▶▶ keine Gegenstände mit in die Schule bringen, die andere gefährden könnten,
- ▶▶ Streitigkeiten untereinander friedlich lösen und uns gegebenenfalls Hilfe bei unserer Lehrerin oder unserem Lehrer holen,
- ▶▶ pünktlich zum Unterricht erscheinen,
- ▶▶ unsere Hausaufgaben und andere uns übertragene Aufgaben pünktlich und angemessen erledigen,
- ▶▶ offene Fragen direkt im Unterricht oder gleich nach Unterrichtsende stellen und Antworten einholen,
- ▶▶ keine Drogen nehmen oder weitergeben und keine unrechtmäßig erlangten Gegenstände (z.B. gebrannte CD's) weitergeben,
- ▶▶ Handys nur vor Schulbeginn oder nach Schulschluss benutzen.

Sollten wir gegen diese Zusagen verstoßen, sind wir damit einverstanden, dass uns unsere Lehrerinnen und Lehrer zunächst ermahnen, dann unsere Eltern mündlich oder schriftlich benachrichtigen, ein gemeinsames Gespräch zwischen den Lehrkräften, unseren Eltern und uns geführt wird, uns gemeinschaftsfördernde Arbeiten auferlegt werden oder ein Verhaltensvertrag mit uns abgeschlossen wird.

Unterschriften aller Beteiligten



Beispiel 2: Der Arbeitskreis „Querdenker“

An einem großstädtischen, hessischen Gymnasium gelangen einige Eltern und LehrerInnen zu der Überzeugung, dass die Tagesarbeit und die Arbeitsstrukturen im Schulelternbeirat ihnen nicht die Möglichkeit geben, effektiv auf die Verbesserung der Lernkultur ihrer Schule einzuwirken. Sie gründen deshalb einen Arbeitskreis, dessen Parole „Querdenken“ hieß.

Leider haben die SchülerInnen das Beteiligungsangebot nicht wahrgenommen. Ihr Ansatz war, mit ihren beruflichen und lebensweltlichen Erfahrungen „von außen“ auf das System Schule zu schauen und daraus Verbesserungsvorschläge abzuleiten. Die Schulgemeinde hat ihre Arbeit unterstützt.

Ein wichtiges Thema war Raumgestaltung. Dazu hat der Arbeitskreis im In- und Ausland Beispiele einer guten Schularchitektur gesammelt. Dabei wurde festgestellt, dass das Konzept einer Raumgestaltung einer Schule auch ein sinnlicher bzw. materialisierter Ausdruck des pädagogischen Konzepts einer Schule ist. Dazu gehört die Größe der Klassenzimmer, die Gestaltung der Pausenräume, Gemeinschaftsräume, die Frage, ob LehrerInnen einen eigenen Arbeitsplatz an der Schule haben u.a.m.

Um zu ergründen, was an ihrer Schule gewünscht und was machbar

ist, wurden die SchülerInnen und LehrerInnen befragt. Dabei legten die LehrerInnen ihr Hauptaugenmerk auf die Klassenräume. Fast einhellig wurden die Räume positiv als ansprechend und funktional eingerichtet gewertet. Zugleich haben über 70 Prozent auch Mängel erkannt, wie schlecht gelüftete Räume, zu enge Räume für zu große Klassen, das Fehlen von Aufenthaltsräumen und abschließbarer Schränke für die SchülerInnen.

Die SchülerInnen hatten keine gänzlich andere Sicht, jedoch eine andere Wertung, die deutlich macht, dass Schule von ihnen nicht nur funktional gesehen wird. An erster Stelle der Missstände standen für sie die untragbaren Zustände der Toilettenanlagen, gefolgt von der Tatsache, dass sie keine abschließbaren Schränke haben und Fahrradabstellplätze nutzen müssen, die alles andere als sicher sind. Dabei war das erstaunliche Ergebnis, dass gerade das Fehlen von Kommunika-

tionsräumen dazu beitrug, dass die Toilettenanlagen missbraucht und verunstaltet wurden.

Der Arbeitskreis hat Gestaltungsbeispiele aus anderen Schulen eingeholt und der Schulgemeinde darauf hin auf der Basis enger finanzieller Rahmenbedingungen vorgeschlagen, eine zentrale und bewirtschaftete Toilettenanlage zu schaffen,

die frei werdenden dezentralen Toilettenanlagen zu Treffpunkten und Aufbewahrungsräumen umzubauen sowie einen neuen, einsehbaren Fahrradabstellplatz zu schaffen.

Diese Vorschläge fließen nun in den Schulelternbeirat und die Schulkonferenz.

Beispiel 3: Betriebsräte und Vertrauensleute gehen in den Unterricht

Möchte nicht jedes Kind wissen, was die Eltern während ihrer Arbeit machen? Ist das Thema Arbeitswelt nicht weitgehend aus dem Unterricht ausgeklammert? Gemeinsam mit der Elternvertretung und der Klassenlehrerin werden im Rahmen einer Projektwoche Gespräche zwischen Betriebsräten und Schülern organisiert. Thema ist die Arbeitswelt im 21. Jahrhundert.

Hierbei wird Wert darauf gelegt, dass sowohl Vertreter der sogenannten Altindustrie als auch VertreterInnen der neuen Branchen einbezogen sind. Die Gesprächsreihe schließt mit einem Betriebsbesuch und einem Besuch in der Lehrwerkstatt ab.





Teil 3: Gewerkschaften und Schule



Wer ernsthaft die Absicht hat, junge Menschen zur aktiven Gestaltung ihres Lebens und der Demokratie zu bewegen, der kann sie nicht auf die Chancen ihrer „erwachsenen“ Zukunft verströmen. Bildung beginnt damit, Jugendliche ernst zu nehmen. Junge Menschen sind interessiert und engagiert, wenn man ihnen Handlungsfelder und Wirkungsmöglichkeiten eröffnet. Wie wir unsere Persönlichkeit entwickeln können und welche Chancen wir in der Berufs- und Lebenswelt haben, ist auch entscheidend von unserer Bildung und Ausbildung abhängig. Ziel der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit ist daher die Demokratisierung des Bildungswesens. Privilegien müssen abgebaut und die Lernbedingungen so gestaltet werden, dass demokratisches Verhalten eingeübt und demokratische Rechte ausgeübt werden können. Lernende und Lehrende müssen in der Schule als ihrem „Haus des Lernens“ Mitbestimmungsrechte und eigene Gestaltungsmöglichkeiten wahrnehmen können. Junge Menschen sollen schon in der Schule lernen, ihre Interessen zu formulieren und Instrumente der Interessenvertretung zu nutzen. Wer am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft zusammenarbeiten will, muss nicht nur davon gehört haben. Er oder sie muss solche Arbeitsformen in der Schule gelebt haben, um die dafür notwendigen Kompetenzen erworben, deren Nutzen erkannt und die Bereitschaft, sie zu übernehmen, entwickelt zu haben. Schule muss die SchülerInnen auf ein lebensbegleitendes, ganzheitliches Lernen in eigener Verantwortung vorbereiten. Neben der Vermittlung von Fachkenntnissen soll gleichwertig die Förderung von Schlüsselqualifikationen treten, d.h. soziale und personale Kompetenzen, die es den SchülerInnen erlauben, sich auf die neuen Anforderungen im

Berufs- und Arbeitsleben einzustellen. Schule braucht dabei die Einbindung und Kooperation im Gemeinwesen. Die Schule schafft Nähe zur außerschulischen Wirklichkeit, indem sie den Lernort Klassenzimmer verlässt oder außerschulische ExpertInnen mit ins Klassenzimmer hinein nimmt. Schule bewegt sich nicht im luftleeren Raum, sondern muss auch mit ihrem gesellschaftlichen Umfeld, dem Stadtteil, der Region besser vernetzt werden. Neue Arbeitsformen gelingen nur dort, wo vor Ort Eltern, Vereine, Betriebe, Gewerkschaften, und andere gesellschaftliche Gruppen aktiv mitwirken. Es gilt, die Kooperation mit außerschulischen ExpertInnen zu verstärken. Neue Beteiligungsformen und Initiativen hängen allerdings auch von der Bereitschaft ab, Schulen nicht allein zu lassen. Es ist eigentlich eine unmögliche Situation: Die Schule ist eine der wichtigsten Einrichtungen unserer Gesellschaft, aber der größte Teil der Gesellschaft hat nach dem Verlassen der Schule nichts mehr damit zu tun. Das muss sich ändern. Wir können nicht einseitig Motivation und Engagement von den Lehrkräften und SchülerInnen erwarten. Die Anforderungen, die von außen an die Schule gestellt werden, stoßen nur dann auf Akzeptanz, wenn auch die Bereitschaft zur Kommunikation und Kooperation, zur Hilfe und Mitarbeit vorhanden ist.

Für den Bereich Arbeitswelt-Schule bedeutet das für die Gewerkschaften, sich eben nicht nur mit wohlfeilen Ratschlägen an der Debatte zu beteiligen, sondern mit inhaltlichen und handfesten Angeboten einen Beitrag zu leisten. Wie ein solches Engagement aussehen kann, vermitteln folgende Beiträge.

Schulpolitik in den achtziger Jahren

Gespräch mit Klaus Buchholz, Mitarbeiter in der IG Metall – Vorstandsverwaltung. Er war Ende der 70er und in den 80er Jahren für die IG Metall maßgeblich in der Schulpolitik aktiv.



? Du hast dich in den achtziger Jahren maßgeblich mit anderen KollegenInnen aus GEW und DGB für die Gewerkschaften in der Schulpolitik engagiert. Was waren damals eure Beweggründe?

! Zwei Gründe standen im Mittelpunkt: Wir hatten das Gefühl, dass sich die unterschiedlichen Aspekte der betrieblichen Wirklichkeit (Arbeitsbedingungen, Entlohnung, Interessenvertretung) nur unzureichend oder gar nicht in der alltäglichen Schularbeit widerspiegelten. Eigene Erfahrungen, Schulbuchanalysen und Gespräche mit LehrerInnen unterstützten diesen Eindruck. Außerdem hatte ich, geprägt durch meine eigene Geschichte, ein Gefühl, dass die Schule nicht optimal funktionierte. Die Schule - mit ihren Strukturen und Personen, so wie ich sie erlebte - war nicht fördernd und motivierend, sondern sie produzierte bei mir Druck, Ängste, Frust und ein Gefühl der Ungerechtigkeit. Beide Erfahrungen, das Gefühl der Realitätsferne und das der Ungerechtigkeit, waren für mich und sicherlich für einen großen Teil der in diesem Tätigkeitsbereich engagierten Personen handlungsbestimmend.

? Was habt ihr gemacht? Waren eure Ansätze erfolgreich?
! Unsere Arbeit bezog sich schwerpunktmäßig auf folgende Aktivitäten: Zunächst bemühten wir uns, die organisatorischen Voraussetzungen für die Arbeit zu schaffen. Wir initiierten den Aufbau von Arbeitskreisen Gewerkschaft/Schule in den Verwaltungsstellen und Bezirken. 1979 gab es bereits 92(!) dieser Arbeitskreise in Deutschland. In den Arbeitskreisen arbeiteten Hauptamtliche der Gewerkschaften, betriebliche InteressenvertreterInnen und LehrerInnen aller Schulformen zusammen. Sie diskutierten gemeinsam interessierende Fragen, erarbeiteten Unterrichtsmaterialien, organisierten Betriebspraktika und Unterrichtseinsätze und trugen mit dazu bei, dass das Thema Gewerkschaft und Schule ein Bestandteil des gewerkschaftlichen Handelns wurde. Sehr erfolgreich waren wir auch in der Lehreraus- und Weiterbildung tätig. In einer Reihe von Veranstaltungen der Lehrerfortbildungsinstitute in den Bundesländern wurden gewerkschaftliche Positionen eingebracht. Im IG Metall-Bildungszentrum Sprockhövel führten wir jährlich



Workshop Zukunft

DGB-Bildungsprojekt mit eigener Lehr- und Lernsoftware

mehrere mehrtägige Informationsveranstaltungen für LehrerInnen durch. Darüber hinaus beteiligten wir uns auf der DGB-Ebene an der Erstellung von Unterrichtsmaterialien zu wichtigen Themen der Arbeitswelt (z.B.: Gewerkschaften, Betriebliche Interessenvertretung, Arbeitsbedingungen, Berufliche Aus- und Weiterbildung) und produzierten einen Ordner Gewerkschaft/Schule, der die gemeinsame Grundlage für unserer Arbeit war.

? Warum sind aus deiner Sicht so viele Aktivitäten „eingeschlafen“?

! Zunächst muss hervorgehoben werden, dass in der damaligen Zeit relativ viele Personen im Arbeitsfeld Gewerkschaft/Schule tätig waren. Um so wichtiger ist es, nach den Gründen zu fragen, die dazu beitragen, dass diese Aktivitäten einschliefen.

Für mich gibt es dafür drei Gründe: Erstens, die Zeit, in der wir tätig waren, war, was die Bildungs- und Schulpolitik betraf, im Aufbruch; unsere Aktivitäten waren Teil dieses Aufbruches. Nach Abschluss dieser Aufbruchphase rückten andere Schwerpunkte in den Vordergrund. Zweitens, ein großer Teil der Aktivitäten im Bereich Gewerkschaft/Schule wurde stark von Personen initiiert und umgesetzt; personenbezogene Veränderungen, ich meine Orts- und

Berufswechsel u.a. führten deshalb dazu, dass ein Teil der Aktivitäten nicht fortgesetzt wurden. Drittens: Die Probleme und aktuellen Herausforderungen in der alltäglichen Gewerkschaftsarbeit nahmen zu und es kam zu einer Klärung und Umorientierung von Prioritäten.

? Was könnten die Gewerkschaften heute aus euren damaligen Aktivitäten lernen?

! Ich glaube, es ist zeitlos, sich als politisch interessierter Mensch um Fragen der Bildungs- und Schulpolitik zu kümmern. Entscheidungen in diesem Bereich haben mittel- oder unmittelbar Auswirkungen auf die Entwicklungsmöglichkeiten und Einstellungen von Menschen. Beides ist für die konkrete Gewerkschaftsarbeit von erheblicher Bedeutung. Es geht heute nicht darum, die „alte Zeit“ zurückzuholen und die Aktivitäten von damals schön zu reden. Entscheidend ist für mich, ob es realistisch und politisch gewollt ist, Schulpolitik wieder in unseren Prioritätenkatalog aufzunehmen und ob es gelingt, Menschen zu motivieren, in diesem Bereich tätig zu sein. Wenn diese Fragen mit „ja“ beantwortet werden, können die Ansätze von damals – Unterrichtseinheiten, Lehrerfort- und Weiterbildung, Elternarbeit u.a. – diesen Prozess unterstützen.

Arbeit und Lebenswelt verändern sich dramatisch. Wie können Schülerinnen und Schüler besser auf den immer schwieriger werdenden Übergang von der Schule ins Arbeitsleben vorbereitet werden? Dabei ist Berufsorientierung kein „heiteres Beruferaten“. Sie ist mehr als Anpassungsqualifizierung. Berufsorientierung leistet auch einen wesentlichen Beitrag zur Lebensorientierung. Jungen Menschen muss deutlich werden, dass Zukunft und Gesellschaft durch die aktive Teilnahme jedes Einzelnen wandel- und gestaltbar ist. Berufsorientierung zielt auch darauf ab, sich mit den gesellschaftlichen Aspekten von Arbeit und Beruf in der persönlichen Lebensplanung auseinander zu setzen.

Mit dem Bildungsprojekt „Workshop Zukunft“ will der DGB die Berufsorientierung und Berufswahlwahlkompetenz der Jugendlichen fördern und auf eine sich ständig wandelnde Lebens- und Arbeitswelt vorbereiten. Dazu sind nicht nur zehn Themenhefte für SchülerInnen und LehrerInnen veröffentlicht worden, sondern es wird auch parallel ein interaktiver Dialog via Internet für SchülerInnen, LehrerInnen und Schulen angeboten.

Lehrende und Lernende werden ausdrücklich ermutigt, selbst gestaltend in die Wirklichkeit

von Schule und Unterricht einzugreifen. Deshalb werden auch keine curricular geschlossenen Themen vorgestellt. Angeboten werden vorstrukturierte Print- und Online-Materialien, die arbeitsweltbezogene Konfliktsituationen verdeutlichen und Raum für schüler- und handlungsorientierte Lernprozesse eröffnen. Unter der Adresse www.workshop-zukunft.de wurde eine Lernwelt im Internet eingerichtet. Aktuelle Entwicklungen in Arbeitswelt und Sozialleben werden für den Unterricht schülerorientiert vorbereitet. Die interaktiven Mitmachprojekte ermöglichen innovative Formen selbstbestimmten Lernens und Lehrens. Zentrale Schlüsselqualifikationen für das spätere Berufsleben wie Medienkompetenz, Kommunikationsstärke und Teamfähigkeit können hier erworben werden. Ein weiteres Ziel der Mitmach-Projekte ist es, die Vernetzung von Schule und Arbeitswelt zu fördern. Über die Kommunikation im Netz können die Schulen mit relativ geringem Aufwand Kontakt zu ExpertInnen der Arbeitswelt knüpfen. Per E-Mail oder im Chat können die SchülerInnen Fragen stellen und Probleme diskutieren.

„Workshop Zukunft“ setzt auf die Öffnung von Schule. Außerschulische Lernorte – Betriebe, Gewerkschaften, Verbände, Arbeitsämter – sollen intensiv in den Unterricht einbezogen



werden. Sei es virtuell oder in der persönlichen Kommunikation. Die Auseinandersetzung mit der Arbeitswelt, die Kooperation mit außerschulischen ExpertInnen soll Jugendliche frühzeitig für die Anforderungen, Interessen und Konflikte in der Arbeitswelt sensibilisieren.

Die Lernwelt im Internet

Wer in Wirtschafts- oder Sozialkunde, in Arbeitslehre oder ökonomischer Grundbildung seinen SchülerInnen Einblicke in die moderne Arbeitswelt verschaffen will, findet bei Workshop Zukunft viele Materialien und Unterrichtsanregungen. Seit drei Jahren baut der DGB seine Lernwelt im Internet kontinuierlich aus. Jetzt finden interessierte Lehrkräfte

- ☐ eine Materialdatenbank mit Medien für den Unterricht (per Index oder Schlagwortsuche können Texte, Schaubilder, Arbeitsblätter, Links und künftig auch Video- und Audiodateien gefunden werden),
- ☐ einen Community-Bereich mit Themenforen und einem Chat-Room,
- ☐ aktuelle Neuigkeiten rund um Schule und neue Medien, Berufswahl und Arbeitswelt sowie den zweiwöchigen kostenlosen Newsletter,
- ☐ Adressen und AnsprechpartnerInnen für den Kontakt zu Wirtschaft und Gewerkschaften.
- ☐ eine kommentierte Linksammlung rund um Berufsorientierung und Arbeitswelt.

Die virtuellen Klassenräume „Lernwelt“ sind vorläufig für diejenigen Schulen reserviert, die

an einem zweijährigen Lern- und Evaluationsprojekt teilnehmen. Allen anderen Interessierten steht ein Demo-Lernraum zur Verfügung, der alle Möglichkeiten von „Workshop Zukunft“ exemplarisch zeigt.

Seit Anfang 2000 wird „Workshop Zukunft“ vom Bundesministerium für Bildung und Forschung mit Mitteln aus dem Programm „Schule – Wirtschaft/Arbeitsleben“ gefördert. Nun geht es in die zweite Projektphase. Von Februar 2003 bis Juli 2004 findet auf der Internetplattform die Pilotphase zum Test der Lernwelt statt: 30 ausgewählte Schulen aus Nordrhein-Westfalen und Thüringen arbeiten über drei Schulhalbjahre in verschiedenen virtuellen Klassenräumen. Die SchülerInnen lernen wie ein Tarifkonflikt abläuft, wie ein Generationenvertrag funktioniert oder wie sie sich über das Internet erfolgreich bewerben. Dabei bietet Workshop Zukunft einen Mix neuer Lehr- und Lernformen an: Planspiele und Simulationen, Experten-Chats und Selbstlernphasen. Die Praxis kommt nicht zu kurz. Zu jedem Thema werden Kontakte zu regionalen Unternehmen und den Sozialpartnern hergestellt. Die Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit werden evaluiert und ausgewertet. Das Institut für Schulentwicklungsforschung der Universität Dortmund (IFS) unter Federführung von Prof. Dr. Schulz-Zander begleitet die Workshop Zukunft - Schulen und eine Gruppe von Kontrollschulen bei der Projektarbeit.



Teil 4: Berufsschule



Stärkung und Reformierung des dualen Ausbildungssystems

Eine wesentliche Stärke des deutschen Berufsbildungssystems besteht in der Verknüpfung von betrieblicher und schulischer Ausbildung. Damit wird eine umfassende berufliche Qualifikation ermöglicht. Dieses System bedarf derzeit einer Stärkung gegen verschiedene bedrohende Faktoren:

Erstens droht der schulische Bereich z.B. durch einen sehr hohen Unterrichtsausfall von bis zu 30% und durch einen hohen LehrerInnenmangel die Anforderungen an die Qualität der Ausbildung nicht mehr gewährleisten zu können.

Zweitens müssen Berufsschulen gegen die Forderungen nach einer Reduzierung der Unterrichtsanteile in der Ausbildung als eigenständiger und gleichberechtigter Teil der Ausbildung verteidigt werden.

Angesichts sich verändernder Anforderungen durch neue Arbeitsformen und Qualifikationsprofile muss die Berufsausbildung an die neuen Rahmenbedingungen angepasst werden. Ein wichtiger Bestandteil

der schulischen Ausbildung muss z.B. der Fremdsprachenunterricht und die Vermittlung interkultureller Kompetenzen werden. Angesichts sich globalisierender Wirtschaftsbeziehungen erhalten diese Qualifikationen zukünftig einen immer größeren Stellenwert.

Es besteht also ein Reformbedarf des Berufsbildungssystems, der den Leitideen eines Ausbaus des Unterrichtsanteils und der besseren Kooperation von Schule, Betrieb und überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen folgt.

Elemente einer Reform müssen sein:

- ▶ Reduzierung des Unterrichtsausfalls und Ausbau des Unterrichtsanteils in der Berufsausbildung;
- ▶ Bekämpfung des FachlehrerInnenmangels durch Förderung der LehrerInnenausbildung in diesen Bereichen;
- ▶ Erstellung eines Berufsschulentwicklungs-konzepts, an dem auch Gewerkschaften und Betriebe beteiligt sind. Dazu gehören auch

„ Die Berufsschule muss endlich gleichberechtigter Partner des Betriebs werden. “

Positionspapier des DGB-Bundesvorstands

verbindliche Regelungen für die Fortbildung von LehrerInnen, damit diese die Entwicklungen in den Betrieben nachvollziehen können;

- ▶ Einbeziehung von neuen Konzepten von Beruf und Arbeitsorganisation in den Berufsschulunterricht durch fächerübergreifende Lehrpläne und die Entwicklung neuer didaktischer und methodischer Konzepte;
- ▶ Verankerung umfassender Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften an der Gestaltung der Unterrichtsanteile in beruflichen Ausbildungsgängen;
- ▶ Verankerung der verpflichtenden Kooperation der verschiedenen Lernorte unter Einbeziehung von gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenvertretungen;
- ▶ Entwicklung der Berufsschulen zu regionalen Berufsbildungszentren.

Regionale Berufsbildungszentren können helfen, Bildungsangebote zu verbessern, berufliche Qualifikationen jenseits der Kapazitäten der ausbildenden Betriebe zu bieten, die personellen und sachlichen Ressourcen besser zu nutzen und Synergieeffekte zu ermöglichen.

Diese Zentren unterliegen dabei aber auch dem öffentlichen Bildungsauftrag, d.h. sie dürfen nicht den Ver-

wertungsinteressen von Betrieben angepasst oder auf High-Tech-Wissen spezialisiert werden. Zwar müssen die Anforderungen der beruflichen Praxis in der Ausbildung Eingang finden. Dennoch muss einer Unterordnung der Ausbildungsinhalte unter die Interessen der ausbildenden Betriebe Vorschub geleistet werden.

An den Entwicklungsprozessen müssen alle Betroffenen, insbesondere die Beschäftigten, beteiligt werden. Dadurch kann die Qualität gewährleistet und können die betrieblichen Anforderungen angemessen einbezogen werden.

Der Übertragung von Verantwortung und Entscheidungskompetenzen auf die regionalen Zentren muss die Definition bundesweit einheitlicher Rahmenvorgaben vorangestellt werden.

Auch das Berufsschulsystem muss sich die Realisierung von Chancengleichheit und den Abbau sozialer Selektion zum Ziel setzen und die spezielle Förderung von Benachteiligten wie auch die Gewährleistung allgemeiner, kultureller und politischer Bildung anstreben. Wichtigste Aufgabe der Berufsbildungspolitik ist es heute, die Attraktivität dualer Ausbildungsgänge zu erhöhen und die berufliche Bildung an die Anforderungen der veränderten Berufslandschaft anzupassen.

Literatur, Links Kontakte

Zum Weiterlesen

☐ PISA - Studie

Das Deutsche PISA-Konsortium hat insgesamt drei Bände veröffentlicht:

- PISA 2000: Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Opladen 2001
- PISA 2000 - Die Länder der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich. Opladen 2002
- PISA 2000 - Ein differenzierter Blick auf die Länder der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 2003

Alle drei Studien gibt es als Kurzfassung auch auf der Homepage des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung:
www.mpib-berlin.mpg.de/pisa/ergebnisse.html

Die GEW hat zwei Broschüren zu PISA heraus gegeben:

- GEW: PISA... und was in Deutschland anders ist. Ergebnisse - Analysen - Konsequenzen. Frankfurt am Main 2002
- GEW: PISA-E... Ergebnisse auf den ersten und den zweiten Blick. Eine vorläufige Analyse der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (zum Bundesländervergleich). Frankfurt am Main 2002

Beide Broschüren sind – neben zahlreichen weiteren Stellungnahmen und Hintergrund-
www.gew.de/aktuell/frame_pisa.htm
 Bezug auch über: GEW Hauptvorstand, Reifenbergerstr. 21, 60489 Frankfurt am Main, Tel. 069 / 789 73-0, Fax: 069 / 789 73-103

DGB: Stellungnahme des Bildungspolitischen Ausschusses zur PISA – Studie. In: Gewerkschaftliche Bildungspolitik. Heft 7-8/2002.

Die Stellungnahme kann bestellt werden beim DGB Bundesvorstand, Abteilung Bildung, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 - 297 oder 653, Fax: 030 / 240 60 - 410.

Eine umfangreiche Sammlung von Artikeln und Material zu Leistungsvergleichen ist auch auf der Homepage der GGG (Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule) zu finden: www.ggg-nrw.de oder auch www.ggg-bund.de. Kontakt siehe unten

Auch der Baden-Württembergische Handwerkstag spricht sich für die „eine Schule für alle“ aus:

Konsequenzen aus PISA - Positionen des Handwerks. 2002. Die Stellungnahme ist auf der Homepage des BWHTs zu finden: www.handwerk-bw.de

Bezug auch über:
 Baden-Württembergischer Handwerkstag, Heilbronner Straße 43, 70191 Stuttgart, Telefon: 0711 / 1657-401, Fax: 0711 / 1657-444, email: info@handwerk-bw.de

☐ Chancengleichheit

Klaus Klemm: Chancengleichheit in der Bildung. In: Bildung und Wettbewerb. Gutachten der Friedrich-Ebert-Stiftung. 2002. Zu beziehen über die Friedrich-Ebert-Stiftung, Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn, Tel. 0228/883-0, Fax: 0228/883-396
 Im Internet zu finden unter <http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/01418.pdf>

Frank-Olaf Radtke: Wie Schule Ungleichheit herstellt. Interview (mit Schwerpunkt Migration) in: E&W 9/2002, S. 11-14;

auch unter: www.gew.de/wissen/zeitschriften/e-w/2002/2002-9/texte/d_s-11.htm

Ingrid Gogolin: Sprachlich-kulturelle Differenz und Chancengleichheit – (un)versöhnlich in staatlichen Bildungssystemen?

In: LOHMANN, Ingrid & RILLING, Rainer (Hg.): Die verkaufte Bildung. Kritik und Kontroversen zur Kommerzialisierung von Schule, Weiterbildung, Erziehung und Wissenschaft. Opladen 2002, S. 153-168; auch zu finden unter „Publikationen“ auf der Homepage von Ingrid Gogolin www.ingrid-gogolin.de.

☐ Ganztagschule

GEW: Vorfahrt für Ganztagschulen. Beschluss des GEW-Hauptvorstands. Frankfurt 2001. Auch zu finden bei www.gew.de unter Standpunkt/Positionen/Schule.

DGB: Gemeinsame Erklärung von BDA und DGB zu Ganztagsangeboten. In: Gewerkschaftliche Bildungspolitik. Heft: 3-4/2003

Karin Gottschall/ Karen Hagemann: Die Halbtagsschule in Deutschland: Ein Sonderfall in Europa? In: Aus Politik und Zeitgeschichte B41/2002. Im Internet unter: www.bpb.de/publikationen/BKRM30.html

Zahlreiche Materialien sind auch auf der Homepage des Ganztagsschulverbands zu finden: www.ganztagsschulverband.de

☐ Bildungsfinanzierung

Martina Schmerr: Sponsoring an allgemeinbildenden Schulen - Erfahrungen, Probleme, Handlungsmöglichkeiten. In: Ingrid Lohmann & Rainer Rilling (Hg.): Die verkaufte Bildung. Kritik

und Kontroversen zur Kommerzialisierung von Schule, Weiterbildung, Erziehung und Wissenschaft. Opladen 2002, S. 153-168

☐ Skandinavische Schulen

Videofilm „Spitze – Schulen am Wendekreis der Pädagogik“. Dokumentation von Reinhard Kahl. Bezug über GEW Hauptvorstand, Presseabteilung, Reifenbergerstr. 21, 60489 Frankfurt am Main, Tel. 069 / 789 73 –0

Martina Schmerr: Schwedisches Puzzle. Eine Reise zu den Schulen des Nordens. 2002. Zu finden unter: www.gew.de/standpunkt/aschlagzeilen/schule/pisa/artikel/schwedenreise/schule.htm

☐ Bildungspolitische Positionen

GEW: Bildung braucht Zukunft. Schulpolitische Positionen der GEW. 2001. Auch zu finden bei www.gew.de unter Standpunkt/Aus den Schlagzeilen/Schule

DGB: Das 21.Jahrhundert muss ein Jahrhundert der Bildung werden. Beschluss auf dem 17. Ordentlichen Bundeskongress. In: Gewerkschaftliche Bildungspolitik. Heft 5-6/ 2002

☐ Elternarbeit

Hermann Avenarius/Hans Heckel: Schulrechtskunde. Neuwied/Kriftl: Luchterhand 2002.

☐ Berufsschule

DGB: Zukunft der berufsbildenden Schulen und Berufsschulen. Lösungen schaffen für alte Probleme und neue Herausforderungen. Positionen des DGB. Februar 2000.

